

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gepaltene Millimeterzeile über deren Raum...

Organ der SPD., Bezirk Schlesien Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei wöchentlich 5 Maligen...

7. Jahrgang.

Donnerstag, 26. März 1925

Nummer 66

Sozialdemokratische Mördergruppen!

Die Berliner Großbourgeoisie spendete mehrere hunderttausend Mark. — Sozialdemokraten trieben Liebliecht und Luxemburg den Mördern des Edenhotels in die Arme. — Die sozialdemokratische Regierung deckt die Laten!

Berlin, 25. März.

Der „Kommunistische Pressedienst“ macht folgende, angefechtete sozialdemokratische Enttarnungsgeschichte über den Leipzig-er Mordanschlag...

Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß die Sozialdemokratische Partei für sich das Recht in Anspruch nehmen kann, in Deutschland zuerst Terrorgruppen gebildet zu haben...

Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei.

Nach einem uns vorliegenden Originaldokument hatte der sozialdemokratische Helferdienst die Aufgabe, die „Unschädlichmachung politischer Persönlichkeiten“ zu betreiben...

Die Terrorgruppe bestand mit Wissen des Parteivorstandes und nahm in seinem Auftrag wilde Verhaftungen, ungesetzhafte Hausdurchsuchungen und willkürliche Beschlagnahmen vor...

mehrere hunderttausend Mark spendete, ein Betrag, der fast restlos der sozialdemokratischen Terrorgruppe zugeführt wurde...

Das Paul Lebi nahe dran war, gemeldet zu werden, wird er noch gut im Gedächtnis haben. Nur durch einen Zufall ist er dem blutigen Schicksal entgangen...

eine der ersten Laten der sozialdemokratischen Terrorgruppe war.

Das Paul Lebi nahe dran war, gemeldet zu werden, wird er noch gut im Gedächtnis haben. Nur durch einen Zufall ist er dem blutigen Schicksal entgangen...

den Mördern des Edenhotels in die Arme trieb.

Die Beteiligung der sozialdemokratischen Terrorgruppe an dem schändlichsten aller Verbrechen war die tiefere Ursache dafür, daß den Mördern nicht der Prozeß gemacht wurde...

Vor uns liegt der Tätigkeitsbericht der sozialdemokratischen Terrorgruppe aus den Januartagen 1919. ebensolich sind wir in dem Besitz einiger Meldebücher der terroristischen SPD-Agenten...

einer Auftrag in Sachen Liebliecht erledigte.

Am selben Tag läuft im Büro des sozialdemokratischen „Helferdienstes“ die telefonische Meldung ein, daß eine Frau Ernst in Sachen Siegfried Bismarckstr. 75, eine Besprechung im Palasthotel wünsche.

Diese Nachricht konnte sich nur auf die Person Karl Liebliecht's beziehen, der in Siegfried Bismarckstr. 75, wohnte. Die Besprechung im Palasthotel hat jedenfalls stattgefunden...

Am selben Abend werden in dem Hause Maschener Straße Nr. 53 Karl Liebliecht und Rosa Luxemburg verhaftet, ins Edenhotel transportiert und dort erschlagen. Irgebein Befehlungsbeschl. lag nicht vor.

Die sozialdemokratische Terrorgruppe hatte willkürlich und auf eigene Faust die Verfolgung aufgenommen, und sie trägt deshalb auch die volle Verantwortung für den blutigen Ausgang — für den Mord!

Am Abend des 15. Januar, also gerade einen Tag später, war das Werk schon vollbracht. Der „Vorwärts“ konnte triumphiert. Am Morgen des 16. Januar war er in der Lage, als einziges Berliner Blatt die Nachricht zu bringen, daß Liebliecht — den Namen Luxemburg verschweigend — am vorhergehenden Abend verhaftet und ins Edenhotel eingeliefert worden sei...

„Weiß meldet Edenhotel Luxemburg mit Kolben erschlagen.“

„Bing meldet mit Handgranaten erschlagen.“

„Luxemburgs Leiche in die Spree geworfen.“

„Die Presse wird falsch informiert.“

Danach steht unumstößlich fest: Das schuldige Verbrechen, das in Deutschland verübt wurde, war das Werk einer sozialdemokratischen Geheimorganisation einer Terrorgruppe, die mit den deutschen Arbeiterbewegung die Führer zu rauben — Karl Liebliecht und Rosa Luxemburg waren die Opfer!

Wir fügen diesen Enthüllungen des „Kommunistischen Pressedienstes“ noch hinzu, daß das von der sozialdemokratischen Schöla so erfolgreich begonnene Werk später von den anderen Mordorganisationen Rohbach, Konul fortgesetzt wurde. Alle übrigen Mordaten, wie sie Gumbel in seinem Buch „Der soziale Mord“ aufgedeckt hat, vollzogen sich nach dem Rezept der sozialdemokratischen „Helferdienstes“...

Diese Enthüllungen kommen noch rechtzeitig, um die abgrundtiefe Verlogenheit der Sozialdemokratie, die sich künstlich über die erlogenen Spitzelenttarnungen im Leipziger Mordanschlag entwirft, ins rechte Licht zu stellen. Die Sozialdemokratie selber ist es gewesen, die den großen Mordreigen gegen Revolutionäre in Deutschland der Nachkriegszeit eröffnet hat...

Auch den jetzigen Wahlkampf hat die Schube ihres Parteigenossen Runge in Halle mit einem neunfachen Arbeitermord eröffnet. So legt sie die erfolgreiche Taktik ihrer Mördergruppe aus dem Januar 1919 fort. Daran müssen die Arbeiter am Sonntag die Antwort geben, sie müssen stimmen gegen die sozialdemokratische Partei, die Partei des Proletariatsmordes...

Ernst Thälmann.

Sozialdemokraten für Jarres.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. März.

Der Rechtsblock veröffentlicht einen Brief, den die Gewerkschaften feierlich an den Kommandanten der Besatzung gericht hatten. Darin heißt es unter anderem:

„Einstimmig haben wir stets hinter Dr. Jarres gestanden. Wir tun es heute mehr denn je. Unser Oberbürgermeister ist uns dafür ein leuchtendes Vorbild und wird es immer bleiben.“

Unterschrieben war der Brief vom ADGB und Allgemeinen Deutschen Beamtenbund.

Die sozialdemokratische Presse glaubte vor einigen Tagen mit der unbewiesenen Behauptung eines unbekannten Arbeiters Grunmang gegen die SPD machen zu können. Obiger Brief der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, der vom „Vorwärts“ selber als echt erkannt wird, beweist, wer für Jarres eintritt — nämlich die Sozialdemokratie selber!

Um was es geht.

Von Ruth Fischer, Jurist in Moskau.

Wieder hat sich die Wahlmaschinerie der deutschen Bourgeoisie in Bewegung gesetzt. In allen Buchdruckereien wird eifrig an der Herstellung von Broschüren, Flugblättern, Plakaten und Zetteln gearbeitet, die zur Verbannung der breiten Arbeitermassen bestimmt sind. Die Unternehmer spenden fleißig Geld, damit für die Wahl des Reichspräsidenten die Säbe gemietet, die Agitatoren und Propagandisten bezahlt werden können...

Sieben Jahre lang hat die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse vom Kampfe um die politische und wirtschaftliche Macht abgehalten. Sieben Jahre lang hat die Sozialdemokratie unter der Losung der „Retten der Republik“ das Kapital verteidigt. Bei dieser Rettung der Republik sind alle republikanischen Errungenschaften vom November 1918 zum Teufel gegangen. Der Belagerungs Zustand, die Terrormaßnahmen, die Ausnahmegesetzgebung, die Zensur- und Parteiverbote, die widerrechtliche Verhaftung der gewählten Abgeordneten, die völlige Unterbindung der politischen Meinungsfreiheit für die Arbeiterklasse, die Großhändler und Aufzucht der Großagrarien, Generale und Kavalleristen — das ist die Bilanz dieser sieben Jahre Republik. Die politische Freiheit, die in Deutschland herrscht in diesem Jahre 1925, in diesem Jahre der Stabilisierung, der „Sanierung“, diese „politische Freiheit“ ist ein Spottbild der Demokratie für die Sozialdemokraten angeblid, kämpfen, ist eine brutale Niederknüppelung der Arbeitermassen im Interesse der Restierenden. Die Vorgänge stehen einzig da in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Selbst unter der Herrschaft des Blutes in Rußland ist es niemals vorgekommen, daß man in einem geschlossenen Saal in eine Meißeneinmache hineinfeuere. Und das unter einem sozialdemokratischen Innenminister unter dem Titel der „Verteidigung der Republik“!

Schritt für Schritt hat die deutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft, die im November 1918 ins Wanken geraten war, wieder befestigt. Schritt für Schritt bereitet sie die öffentliche Meinung auf die Monarchie vor, und eines Tages wird diese Monarchie vielleicht sogar mit Zustimmung der Entente „legal“ fallt zur Macht kommen, und dann wird die Sozialdemokratie plötzlich ihr Herz für das Volkstüchtigkeit entbeden, für das selbe „Volkstüchtigkeit“, für das sie sich bis zum November 1918 mit ihrer ganzen Kraft einsetzten. Für uns Kommunisten geht es in diesem Wahlkampf um nichts anderes, als um die Sammlung der Massen in einer Front zu neuen Kämpfen gegen die deutsche Bourgeoisie. Wir Kommunisten haben den arbeitenden Massen Deutschlands seit Jahren an der Hand der Tatsachen unermüdet gezeigt: eine wahre „Demokratie“, eine proletarische Demokratie ist nur möglich, wenn die Politik und Staatsverhältnisse entscheidend geändert werden. Solange die Kapitalisten die Produktion, das Meer, die Schule, die Kirche, den Staatsapparat beherrschen, solange ist die Demokratie nur eine betrügerische Phrase, mit der man die Massen vom Kampf abhalten will. Hier in Rußland, im freien Lande der Arbeiter und Bauern, in dem keine monarchistische Restauration den festen Bau der roten Arbeiterrepublik bedroht, hier in Sowjetrußland haben die Arbeiter die Produktion, die Schule, die Presse, das Meer und den Staatsapparat in Händen. Und die Bilanz der sieben Jahre reformistischen Politik, sieben Jahre Verrat an der Arbeiterklasse und die Bilanz der acht Jahre Sowjetrepublik, diese Bilanz zeigt dem deutschen Proletariat, was es verloren hat, wenn es immer und immer wieder auf die Lujungen seiner verräterischen Führer abhört hat. Die deutsche Bourgeoisie kämpft mit der ganzen Macht ihres Staats-Apparates gegen die deutschen Kommunisten, als der einzigen Klassenantagonisten Partei des deutschen Proletariats. Die deutsche Arbeiterklasse ist heute geschlagen, aber sie beginnt sich wieder zu regen. Sie wird sich morgen erheben und Kraft voll gegen ihre Unterdrücker marschieren. Die jetzigen Helfer der Reaktion und der Monarchisten wollen der Arbeiterklasse nun wiederum einreden, daß es „realpolitisch“ sei, einen Sozialdemokraten auf den Präsidentenstuhl zu setzen, da dieser Sozialdemokrat besser sei als der monarchistisch angehaute Herr Jarres. Wir brauchen heute nicht zu sprechen von der Politik des Sozialdemokraten Ebert auf dem Präsidentenstuhl der deutschen Republik. Diese Tätigkeit ist von jedem Klassenbewußten Arbeiter längst erkannt worden, und wenn sie noch nicht klar ist, der mag aufmerksam die Berichte des zweiten Ebertprozesses lesen. Aber eines ist klar: der jetzige sozialdemokratische Kandidat Braun hat ebensowenig „Ausicht“, durchzukommen, wie irgendein Kandidat einer anderen einzelnen Partei. Ausicht durchzukommen haben nur Kandidaten von

Blods von Parteien. Und da die Opposition in der Sozialdemokratischen Partei gegen eine neue Koalition mit den bürgerlichen Parteien diesmal so stark war, daß der Parteivorstand es nicht wagen konnte, im ersten Wahlkampf für einen bürgerlichen Kandidaten einzutreten, so ist der Kandidat der großen Koalition, Otto Braun, eben ein a u f f i c h t s l o s e r Kandidat. Jeder Arbeiter, der für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmt, handelt damit nicht realpolitisch, sondern äußert negativ vom Standpunkt seiner Klasseninteressen. Je mehr sozialdemokratische Stimmen, desto mehr wird die Unternehmungsklasse sich ihres Sieges über die Arbeiter freuen. Je mehr kommunistische Stimmen, desto weniger und bedrohlicher fällt das Unternehmertum, desto mehr jährt es, daß sein Sieg kein Sieg für die Dauer, kein Sieg vor morgen ist. Wer dem Proletariat wieder zum Aufstieg helfen will, wer das Proletariat zu neuen Kämpfen sammeln will, der wird ein Verbotnis ablegen am 29. März für den Klassenkampf und gegen die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie. Jeder Arbeiter, der die realen wirklichen Interessen seiner Klasse im Auge behält, er mag zur Kommunistischen Partei stehen wie er will, der samt am 29. März nur dem roten Kandidaten der Arbeiterschaft, Ernst Thälmann, seine Stimme geben und niemals eintreten für eine Politik der großen Koalition mit der Schwerkapitalistischen Deutschen Volkspartei.

Thälmann warnt vor einem SPD-Schwundel.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. März.

In einer Verammlung teilte Thälmann mit, er habe von einem SPD-Arbeiter aus Hamburg einen Brief erhalten, in dem ihm mitgeteilt wird, die sozialdemokratische Bezirksleitung Hamburgs plane in den letzten Tagen vor der Wahl ein Flugblatt gegen Thälmann herauszugeben. Darin soll Thälmann als Streikbrecher gebrandmarkt werden.

Thälmann stellt dies als eine Verleumdung niedrigster Art fest. Wörtlich sagte er: „Ich fordere die Hamburger Arbeiter auf, unabhängig von ihrer politischen Stellung, in allen Bezirken, in denen ich gearbeitet habe, Erkundigungen zu dieser Frage einzuziehen. Diese Nachforschungen werden und können nur eines ergeben, nämlich, daß die Behauptung der SPD ein großer Schwundel ist.“

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 26. März.

In Essen und Dortmund fanden große Kundgebungen statt. Die Säle waren überfüllt und es mußten Parallelsammlungen abgehalten werden. In Dortmund sprach Thälmann vor 6000 Arbeitern. Vom Bahnhof wurde er durch einen geschlossenen Zug von Demonstranten abgeholt.

Ein sozialdemokratischer Verfassungspolitiker.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. März.

Der Berliner Sozialdemokrat teilte mit, daß neben Adenauer und Fickel in einer Sitzung am 24. Oktober 1924 in Namen der Zentralkommission und Vizepräsident Louis Hagen die absolute und unbedingte Notwendigkeit einer föderalen Schaffung einer rheinischen Währung hervorgehoben habe. In derselben Sitzung habe der Sozialdemokrat Generalstaatssekretär Dieckhoff sich gegen die Forderung nach einem föderalen Einheitswährungs Schritt in der Frage der Ausweisung der rheinischen Republik erhoben. Eine Föderation ist seitens anderer sozialdemokratischer u. a. Wozelfeld-Köln nicht möglich.

Diese Sozialdemokraten Moresfeld und Fickel gehören neben die sozialdemokratischen Minister im Kabinett Stresemann. Die sich ebenfalls für Einheitswährungen der Zählungen im besetzten Gebiet, das heißt für Preisgabe der Arbeiter an die Besatzungsmächte aussprachen. Die Einweisung der Sozialdemokraten über den Verfassungspolitiker Jarres in also etwelche Handlung. Sie entziehen sich über das, was sie selber getan hat!

Vom Tage.

Die Former der Antle-Hoffmann-Werke sind in den Streik getreten. Daraufhin wurden die Gewerkearbeiter von der Firma nach Hause geschickt.

Die Verwallung des DMV ist sich noch nicht schlüssig, ob sie den Streik santonisieren soll, trotzdem der Verwallungsdirektor Ziegler in der letzten Betriebsrats- und Vertrauensmänner-Vollversammlung erklärt hatte, es gäbe kein Verhandeln mehr, sondern nur noch Handeln.

Die Arbeitslage in Schlesien hat sich in der letzten Woche verschlechtert. Die Zahl der Hauptunterstützungsbekämpfer ist um über 2000 gestiegen.

Sämtliche Mandate der Kommunistischen Partei Bulgariens im Sobranje und in den anderen öffentlichen Körperchaften wurden annulliert.

Die japanische Regierung hat ein neues Flottenbauprogramm entworfen, weil sie in der Befestigung von Singapur ein militärisches Vorgehen der englischen Regierung sieht.

Die Rauffinger Hungerdemonstrationen vor Gericht.

Sirchberg, 24. März.

Am 24. März standen 18 Arbeiter vor dem Sirchberger Schöffengericht, die beschuldigt waren, im Oktober 1923 sich an Zusammenrottungen und Gewalttätigkeiten gegen Landwirte beteiligt zu haben. Nach Vernehmung von 30 Zeugen beantragte der Staatsanwalt Gefängnisstrafen von 3-4 Monaten und in einem Falle Freilassung.

Das Gericht erkannte in zwei Fällen auf je 6 Monate Gefängnis unter Zuhilfenahme von Bewährungsfrist bis 1. April 1928. In den anderen Fällen wurde teils das Verfahren eingestellt, teils neuer Termin und weitere Beweisaufnahme beschlossen.

Wir berichten morgen ausführlich über die Verhandlungen.

13 Tage im Hungerstreik.

SPD mit den Deutschnationalen in Stahelstrasse gegen die Hungerstreik.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 26. März.

Seit 13 Tagen stehen nunmehr die Fußsüßlerer politischen Gefangenen geschlossen im Hungerstreik. Seitens sind 20 Mann ins Lazarett überführt worden. 5 Hungerstreikende sind in Einzelhaft untergebracht. Die Front der Hungerenden ist auch am 13. Tage noch nicht gebrochen.

Die Anfrage der Kommunistischen Bürgerfraktion im Hamburger Senat bezüglich der Urlaubsbefreiung der Fußsüßlerer Gefangenen wurde ablehnend behandelt. Bei der Ablehnung gingen die Deutschnationalen mit den Sozialdemokraten Hand in Hand unter der Begründung, die SPD bereite den Hochverrat vor. Wir bewahren die Energie unserer Hamburger Genossen. 75 Gefangene stehen nunmehr zwei Wochen im Hungerstreik ohne daß einer der Gefangenen diesen Kampf mit dem Hunger aufgegeben hätte. Diese hellenstellige Sat der Hamburger Barrikadenkämpfer schließt sich würdig dem letzten Oktoberkampf an, wie die Gemeinschaft der Sozialdemokraten sich selbst kennzeichnet.

Der Zibetaprojekt.

Bogt enthält weiter.

Leipzig, 26. März.

Der Unternehmungskreis Bogt sprach sich gestern ausführlich über die Vorbereitung zu dem kommunistischen „Aufstand“ im Oktober 1923 aus. Während seiner Ausfagen mußten sowohl Angeklagte wie Anwälte heimlich über die phänomenalen Entwürfe des Scholeraabruhmogt lachen. Als er dann dazu übergehen wollte, Einzelheiten über den hochschützigen Aufstand mitzuteilen, bestritt die Verteidigung dem Zeugen das Recht dazu, zumal er Schlußfolgerungen aus der Betätigung der kommunistischen Partei ziehen wollte. Doch das Gericht wollte selbstverständlich den Herrn Bogt hören und so durfte Herr Bogt als Spießführer ausfagen.

In der Nachmittagsfagung kam es noch zu verschiedenen Zwischenfällen, besonders als Bogt erklärte, daß der Angeklagte Margies geschickt gelogen hätte. Margies sprach auf und bat den Vorsitzenden, dem Zeugen eine Rüge zu erteilen. Der Vorsitzende tat dies jedoch nicht, worauf Margies in höchster Erregung rief: „Dann erkläre ich den Zeugen Bogt mit demselben Recht für einen Lügner“. Der Vorsitzende wollte daraufhin Margies abführen lassen, doch Margies schrie darauf: „Dann rufe ich noch einmal, er ist ein Lügner“. Meiner sagte zu Margies: „Mit Ihnen ist ja doch nichts anzufangen“, worauf Margies entgegnete:

„Mit Ihnen auch nicht!“

Als dann noch Ausfagen des Angeklagten Boege verlesen wurden, protestierte Boege und erklärte, er habe diese Ausfagen nie gemacht. Als der Vorsitzende diesen Protest nicht beachtete, verlangte Boege, abgeführt zu werden. Boege, der den Saal verlassen wollte, wurde auf Anordnung des Herrn Meiner von Schubobeamten daran gehindert. Doch schließlich mußte dann doch die Verhandlung unterbrochen werden.

Sord Balfours Empfang in Palästina.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 25. März.

Anlässlich des Besuchs Balfours in Jerusalem haben die mohammedanischen Händler ihre Läden geschlossen. Kein arabisches Geschäft ist auf der Straße zu sehen. Es herrscht vollständige Ruhe. Wegen des Besuchs Lord Balfours sind die Studenten eines Regierungsgymnasiums in den Streik getreten und haben eine befehlgebende Mitteilung an ihren arabischen Größten Direktor geschickt. Die Regierung hat das Seminar vorläufig geschlossen und eine Untersuchung eingeleitet.

Balfour hat den letzten Teil seiner Kette im Automobil zurückgelegt und hat im Regierungspalast als Gast des Oberkommissars Samuel Wohnung genommen. Die Arbeiter tragen schwarze Bänder an ihrer Kleidung. Die Büros der arabischen Komitees weisen Spottschmud auf.

Die arabische Bevölkerung Palästinas empfängt seinen Schicksalshalter in tiefer Trauer. Herr Samuel, der gleichzeitig glühender Zionist ist und die jüdischen Gewerkschaften der Amsterdamer Internationale dagegen setzen den Vertreter des englischen Imperialismus durch öffentliche Geloge.

Schwere Zantexplosion.

(Eig. Drahtb.) Hamburg, 26. März.

Gestern ist der Zant-Leichter „Saturn“ explodiert. Die Heftigkeit der Explosion läßt sich daran erkennen, daß die Laten über die Dächer hinweg geschleudert wurden. Das Schiff ist buchstäblich in Stücke zerfallen. Die Güter sind zum Teil versunken, zum Teil bis 200 Meter aus Land geschleudert. Es sind 13 Tote festgestellt worden, 5 sind vermisst. Die Schuld an dem Unglück trifft die Ausbeuterfirma Rudolf Otto Meier. Dieses stellt selbst das „Hamburger Fremdenblatt“ und der „Hamburger Anzeiger“ fest.

Berichteter Metallarbeiterkampf in Bielefeld.

(Eig. Drahtb.) Bielefeld, 26. März.

Die hiesigen Metallarbeiter stehen seit vier Wochen im Streik. Gestern fanden große Streikversammlungen statt. Die Bürokratie wollte den Streik abmühen. Die Wiederaufnahme der Arbeit wurde einmütig abgelehnt. Es wird eine Urabstimmung stattfinden. Auf Grund der glänzenden Stimmung ist mit der Fortführung des Streikes zu rechnen.

Leberarbeiterstreik.

(Eig. Drahtb.) Frankfurt a. M., 26. März.

Die Leberarbeiter sind in den Streik getreten. Die Maschinenisten und Heizer haben sich der Bewegung angeschlossen. Seno ist eingeschickt.

An den Sowjet der Transkaukasischen Föderation.

Berlin, 26. März.

Die kommunistische Partei Deutschlands spricht im Namen der deutschen Arbeiterschaft ihr Beileid aus zu dem schweren Verlust den die Arbeiter und Bauern Transkaukasiens durch den tragischen Tod der Genossen Masnikow, Angilewsky, Maradokow und der zwei roten Flieger erlitten haben.

Zentrale der SPD.

MESS MEND

Die Yankes in Leningrad

Copyright by Modernerverlag, Wien 1924

Sie zeigte den Kopf, sammelte ihre Kräfte und begann die folgende Erzählung, die nur vom Lachen der Straße, dem Gurren der Zerkel und dem Klattern der Fledermause unterbrochen wurde.

„Wir sind hierher übergeführt, als Bava der Schlag traf, es wird wohl schon zwei Jahre her sein. Dieser Ort war aber und menschenleer. — für ein junges Weib sehr wenig geeignet. Papa sahnte sich ausgezehrt, denn er liebte die Tiere, ich aber mußte mich Tag und Nacht mit der Hauswirtschaft abgeben, während in meiner Brust Schopenhauers Melancholie jagte.“

„Sie wollen sagen, Chopin Melanchie?“ unterbrach sie der Deputierte. „Nein ja doch — Chopin Hauers“, korrigierte sich Miss Wills. „Mein Vater kam um seinen Abschied ein, und man wollte ihn ihm geben. — man wartete nur auf den geeigneten Edelverleiher, wozumal man bei uns in Illinois, wie ich Ihnen schon sagte, sehr lange warten kann. Eines Tages tauchte ein Gerächt auf, daß die Nachbarfarm gekauft worden sei und daß mit halb einem Kaufmann, einem gewissen Mr. Dote aus Arkansas haben würde. Ich nahm sofort ein geographisches Buch zur Hand und stellte fest, daß Arkansas im Süden liegt und daß die Einwohner dieser Gegend ein heiliges Zeremonium befragen. Ah, Sie, schon damals erfuhr ich eine gewisse Kuriosität... Der Nachbar kam, und es vergangen keine drei Tage, da erschien er schon per Post.“

Miss Wills unterbrach ihre Erzählung und bracht die Hand an ihr Herz. Der Deputierte schmeigte sich erwartend an sie an.

„Stellen Sie sich vor, Sie — ein großer, schlanker Mann mit schwarzen Sonnenbrille. Denken Sie sich ein wenig diese ode, unheimlichste Gegend mit ein junges, hübsches Mädchen, und andererseits — einen großen Mann mit schwarzem Sonnenbrille und einem heißen Arkansas-Zeremonium. Das, was ich beabsichtigte — geschah: Mr. Dote verlebte sich in mich vom ersten Augenblick an. Es ist wahr, er hat es mit nicht einverstanden, aber seine Wille und Gesinnungen waren als Worte.“

Ich brauchte nur etwas näher zu ihm zu rücken und er stieß mich franshaft zurück. Ich brauchte nur in das Zimmer zu treten. — und er brach sofort sein Gespräch mit dem Vater ab und griff nach dem Hut. Wenn ich ihn bei Tisch anlah, — konnte er nicht mehr essen, wenn ich extrantete und mein Zimmer häute, — sah er den ganzen Tag bei meinem Vater, — so bejagt war er um mich. Das konnte nicht lange dauern, Sir. Ich kann entschlossen handeln — trotz meiner Jugend. Ich schrieb Mr. Dote einen Brief, bei ihm, sich zu erklären und den unangenehmen Seiten ein Ende zu machen, die ihn und mich in eine schmerzliche Stellung brachten...“

Mr. Dote antwortete nicht. Und nicht nur das allein: er hörte auf, was zu befragen und schloß sich während zweier Wochen in seiner Kammer ein. Die Regier erzählten, daß er diese Zeit wie Kette lebte. Er trank nur Alkohol, verbrannte einen ganzen Drogen auf seinem Hofe und ging haben. Ich erkannte die Pflicht, die einer Frau in meiner Lage auferlegt ist. Einen Selbstmord beabsichtigend, legte ich mir einen letzten Schalk um und ging, als die Sonne zu sinken begann, mich über alle Keeren Vorurteile hinwegsetzend, zu ihm.

Bei meinem Anblick rief Mr. Dote einen Schrei aus, sprang auf, tat zwei Schritte nach mir und sagte wie wiedergewandt zu meinen Füßen. Ich verwarf meinen Triumph, legte beide Hände auf den Kopf dieses wilden Menschen und flüsterte ihm zu: „Ich brauche keine Worte! Gehen wir zu Papa!“

Unter Mr. Dotes Gesichts war derselben krankhaft, daß er die gewöhnliche Laibsch zu langern und wie ein Kind zu behaupten begann, daß er gestürzt sei, weil ihm der Abzug abgehoben sei, ja, er verließ sich sogar darauf, daß er mit diesen Abzug zöge.

Kann man, Sir, — wenn Sie diesen Schicksalsteller gelesen haben. — hat diese verheißene Eitelkeit in seinem Roman sehr gut bezeugt. Ich lächelte still, drückte ihm mit dem Finger, nannte ihn „den tollen Verleumder“... Ah, Sir, ich ahnte damals nicht, welche Folgen das haben würde. Mr. Dote griff nach der Wille und stürzte in die Kleepe hinaus. Drei Tage und drei Nächte lebte er im Jansen und wählte sich von grünen Eiben. Am vierten Tage kam er wieder, und zwar mit einem kleinen, grauen Efel.“

Miss Wills zeigte und trachtete sich die Augen. „Ich muß Ihnen sagen, Sir, daß man mich zu Ehren meiner Großmutter auf den Namen Juno getauft hat. Und dieser tolle Mensch hörte auf, mich und meinen Vater zu grüßen, während

seine Leidenschaft eine widernatürliche Richtung einschlug. Er nannte seinen Efel Juno, führte das Tier jeden Tag vor unsere Terrasse, schlug es mit dem Knüttel und lächelte wie Marquis de Sade. Wie Sie wahrscheinlich bemerkt haben, liebt mein Vater aufs zärtlichste alle Tiere beiderlei Geschlechts. Ehe ich etwas sagen konnte, warnte er in seinem Koffstuh und forderte von mir, daß ich Mr. Dote wegen Tierquälerei verklage. Und damit nicht genug, Sir. Papa ging soweit, daß er sich zu der Gerichtsverhandlung tragen ließ und selbst die Anklage rede hielt. Ah, Sie können sich nicht denken, was das für einen Eindruck machte! Der ganze Saal schlugte in Strömen. Alle Geschworenen schluchzten in Strömen. Papa war ganz verweint und konnte sich nicht die Tränen trocken. Mr. Dote wurde zu einer ungeheuren Geldstrafe verurteilt. Seit jener Zeit, Sir, lebe ich unter der Drohung seiner Rache. Eine Zeitlang war alles still, denn er verreiste. Dann schlug plötzlich der Blitz ein. Dote veröffentlichte in den Zeitungen einen Artikel über die idealen Fähigkeiten meines Vaters. Unser Abschiedsgesuch wurde nicht angenommen, und seit jenem Tage erhalten wir täglich hunderte von Briefen über die verschiedensten Verbrechen mit flehenden Bitten, den Geschädigten zu helfen... Und diese Briefe — ach! — sie verletzen meine Anstalt! Es ist ein Martyrium!“

Miss Juno Wills senfte und lehnte ihr Köpfchen an die Schulter des Deputierten. Dann stieß sie plötzlich einen Schrei aus, lächelte den Deputierten auf den Mund und huschte wie eine Elfe ins Haus.

Mr. Pirouette schaute in seinem Munde nach Wortstücken, die ihm beim Aufhineingefallen waren, sah sich furchtbar um und schloß wie ein Dieb zum Stall.

„Sattler mein Pferd!“ flüsterte er nach einem energischen Zuschnitt dem Regier zu. „Ich muß frühmorgens in Michigan sein und muß mich heilen!“

Erst als er sicher im Sattel lag und an die zwanzig Kilometer zurückgelegt hatte, fand der Deputierte den Mut, sich in der Richtung zum Cottage zu drehen und eine Abschiedsrede an Juno zu halten.

„Unter diesen Umständen hatte sie mich nach fünf, sechs Annäherungen mit ihrem Stuhl und Mörtel einfach zugemanert. Was würden meine Wähler dazu sagen! Und ich möchte wissen, wie ich dann gegen den Handelsvertrag mit Rußland agitiere sollte!“

(Fortsetzung folgt.)

Vor einem ungeheuerlichen Justizmord in Polen!

Am 20. März hat in Przemysl der Prozeß gegen den kommunistischen Abgeordneten Stanislaus Lanzuski begonnen. Lanzuski ist der radikalste Abgeordnete im polnischen Sejm, von Beruf Eisenbahner, der sich für die Interessen der werktätigen Arbeiter und Bauern und gegen die Unterdrückung der nationalen Minderheiten im „unabhängigen“ Polen eingesetzt hat. Um ihn mundtot zu machen und zu vernichten, hat die polnische Geheimpolizei Material zusammengetragen, nachdem er jetzt unter Hochverrat vor dem Schwurgericht steht. Am 19. Dezember wurde seine Immunität aufgehoben und Lanzuski sofort verhaftet. Der sachliche Anlagepunkt liegt in einer Rede, die er am 11. November 1923 in einer Sejm-Sitzung in Przemysl gehalten hat. Hochverrat soll er verübt haben, weil er den Auftrag eines sozialdemokratischen Schriftstellers erteilt hat.

Der Prozeß gegen Lanzuski bedeutet einen Justizmord, da auf die Anklage (§ 58 des kaiserlich-österreichischen Strafgesetzbuchs von 1852) die Todesstrafe steht. In diesem Prozeß erzählt die „Internationale Rote Hilfe“ einen Aufruf an die Werktätigen aller Länder, in dem es heißt:

Der weiße Terror in Polen hat während der letzten Monate mit ungeheurer Verschärfung eingesetzt. Massenverhaftungen, Verurteilungen wegen der geringfügigsten Dine zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen, grauenhafte Mißhandlungen in den Gefängnissen, barbarische Qualereien, die bis zum Tode gesteigert werden, sind an der Tagesordnung.

8000 revolutionäre Arbeiter und Bauern schmachten unter den schrecklichsten Verhältnissen in den polnischen Kerlern.

Ein kaum zu schilbernder Terror wird gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern und gegen die nationalen Minderheiten verübt. Es genügt eine einfache Verdächtigung, zur kommunistischen Partei zu gehören, um in die Gefängnisse geschleppt zu werden, um von der polnischen Defensivpolizei (Geheimpolizei) zu Tode gemartert zu werden. Die blutigsten Urteile werden ohne Richterpruch in den Schredenshöhlen der polnischen Untersuchungsgefängnisse vollzogen. Hunderte von Morden wurden auf diese Weise verübt und die Mörder werden von den Agenten der Bourgeoisie noch belobt.

Die einzige Tribüne, von der aus der polnischen Bourgeoisie alle diese Verbrechen in das Gesicht geschleudert und dadurch zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht wurden, war bis jetzt das polnische Parlament, der Sejm. Der einzige Vertreter, der die Anklage führte, war die Fraktion der kommunistischen Partei Polens, und vor allem der Abgeordnete und alte Revolutionär Stanislaus Lanzuski.

Dieser Eisenbahner war es, der die polnischen Arbeiter und Bauern zum Protest und Kampf gegen die Verbrechen der Regierungsagenten aufrief. Er war es, der in die Martyrhöhlen der Defensivpolizei hineinkam. Unter der Wucht seiner Anklagen sahen sich selbst die französischen Demokraten, die intimsten Freunde des „selbstständigen“ Polen, gezwungen, bei der polnischen Regierung zu interpellieren. Stanislaus Lanzuski war es, der dem Schrei der gedemütigten, der gemarterten und verfolgten Massen des „freien Polen“ Ausdruck gab. Er und die Sejmfraktion der K.P. zogen sich deshalb die ganze Wut der polnischen Bourgeoisie zu.

Die polnische Bourgeoisie hat nun zu einem neuen Schlage ausgeholt. Der öffentliche Ankläger und mit ihm die einzige Möglichkeit, für das fürchterliche Schicksal der Tausende in den Zuchthäusern Rechenschaft zu verlangen, soll vernichtet werden.

Aus diesem Grunde wurde Stanislaus Lanzuski vor Monaten verhaftet und in das Gefängnis von Przemysl geworfen.

Die ganze Klotze des polnischen Epitaphiums wurde mobilisiert, um die Anklage zu zimmern. Sie lautet auf Staatsverrat auf Grund des § 58 des kaiserlich-österreichischen Strafgesetzbuchs vom Jahre 1852. Dieser Paragraph sieht nur die Todesstrafe vor. Die Anlage des Prozesses zeigt, daß sich die polnische Bourgeoisie der Anklage für immer entledigen will. Ein offener Justizmord wird vorbereitet. Gleichzeitig soll diese Justizmord die Handhabe für die Verhaftung der übrigen Mitglieder der Sejmfraktion der K.P. liefern.

Was sich hier abspielt, ist nicht das Schicksal eines Einzelnen. Es ist das Schicksal von Tausenden. Es soll der Weg frei gemacht werden zur Niederlage des ganzen polnischen Proletariats, zum blutigsten Terror gegen die Millionen revolutionärer Bauern der nationalen Minderheiten, zum ungestörten Mord in den Gefängnissen und Zuchthäusern.

Das darf nicht geschehen. Der Justizmord an dem Genossen Lanzuski muß verhindert werden. Der Ausschlag auf die Parlamentsfraktion der K.P. auf die einzige legale Möglichkeit des Protestes der unterdrückten Arbeiter und Bauern Polens muß abgeschlagen werden von dem internationalen Proletariat.

Protest der Bergarbeiter Polnisch-Oberschlesiens.

Auf einem Massenmeeting der Bergarbeiter des Finikus-Schachtes hatten sich 2000 Personen versammelt. Die Versammlung verlief äußerst mächtig. Unter begeisterten Hochrufen zu Ehren des Genossen Lanzuski wurde einstimmig folgende Protestresolution angenommen: „Die Versammlung solidarisiert sich vollkommen mit dem Kampf der kommunistischen Abgeordneten des Sejm und ruft die ganze Arbeiterklasse zum Protest gegen neue Unterdrückungen der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie und zum Kampf gegen den in Polen wütenden Terror auf. Schmach über die Verräter der Werktätigen, die nur durch hinterlistige Machinationen während der Wahlkampagne und durch Unterfütterung der Interessen des Kapitals in den Sejm gewählt wurden.“

Der Prozeß hat begonnen!

Moskau, 24. März 1925.

Vor dem Schwurgericht in Przemysl begann der Prozeß gegen Lanzuski.

Lanuski wird unter Bewachung vorgeführt. Der Staatsanwalt beantragt eine geschlossene Verhandlung, mit der Begründung, daß der Prozeß großes Interesse in Polen und im Auslande hervorgerufen hat. Die anwesenden Journalisten konnten den Prozeß ausnahmsweise Elementen folgen.

ten Anruhen hervorgerufen. Trotz des Protestes der Verteidigung beschließt das Gericht dementsprechend. Der Saal wird gedrängt, außer den offiziellen Funktionären verbleiben nur drei Vertrauensleute Lanzuski im Saal. Vor dem Gerichtssaal habe eine lautendköpfige Menge, in der Stadt verstärkte Patrouillen. In den Protestversammlungen werden Flugblätter verteilt. Lanzuski sprach drei Stunden lang.

Die Sitzung der Exekutive.

Moskau, 21. März.

Im Andrejewskisaal des Kreml wurde heute die Tagung der Erweiterten Exekutive durch den Genossen Sinowjew eröffnet. Genosse Sinowjew gedenkt des verstorbenen Genossen Karinow, eines der Vorsitzenden der Exekutive der Sowjetunion, der als Vertreter des Ostens den Weg zum Leninismus durchmachte, und des verstorbenen revolutionären Volksführers Chinas Sunjatsen. Beide Gestalten kennzeichnen die Epoche, wo große Reserven der Weltrevolution im Osten in Bewegung gerieten. Die Komintern wendet erneut ihre Aufmerksamkeit den Ostfragen zu. Überall richtet die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie die heftigsten Angriffe gegen die kommunistischen Parteien. Seit dem 5. Weltkongreß haben wir keine großen Erfolge zu verzeichnen, doch macht sich trotz aller Schwierigkeiten in der objektiven Lage, trotz aller Verfolgungen, in der Arbeiterbewegung ein frischer Aufschwung bemerkbar. Die heldenmütige Haltung der Kommunisten, tausender deutscher Arbeiter verdient Bewunderung. In Bulgarien erstreckt die Bourgeoisie die physische Ausrottung der Kommunisten, in Rumänien stehen die Genossen Bauer, Dobrogeanu und andere in einem heldenmütigen Hungerstreik, während in Estland die Bourgeoisie ein fürchterliches Blutbad unter der Arbeiterklasse anrichtete. Auf der anderen Seite sehen wir in Deutschland den Eisenbahnerstreik, in Italien den Metallarbeiterstreik und in Skandinavien gleichfalls Massenbewegungen des Proletariats. Die Bourgeoisie befindet sich in der Offensive, das Proletariat in der Defensive. Ein charakteristischer Zug der letzten Zeit sind die gewaltigen Striktdemonstrationen in Paris, Berlin, Prag, Kladno.

Die Exekutive wird die Lage der nationalen Sektionen prüfen. Schon im Vorhinein erklärt Genosse Sinowjew namens des Präsidiums, daß die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie zu früh frohlockten, indem sie auf die Spaltung der K.P. hofften. Aber von einer Spaltung kann keine Rede sein. Die tschechischen Arbeiter wollen die Einheit, die Zugehörigkeit zu den Kommunisten. Die Einheit ist gesichert. Die Weltlage wird von uns ohne Illusionen geprüft. Wir bleiben Bolschewiki und je schwieriger sich die Weltlage gestaltet, desto einheitlicher und geschlossener kämpfen wir im Sinne und Geiste des Leninismus.

Die Mandatsprüfungskommission teilt die Anwesenheit von 222 Delegierten mit, davon haben 104 beschließende Stimme. In das Präsidium werden gewählt: die Genossen Sinowjew, Bucharin, Stalin (Sowjetunion), Semard, Tschin (Frankreich), Latin (Irland), Cola (Italien), Salek, Zapolotchn (Tschechoslowakei), Gallischer (England), M. R. Roy (Indien), Kolarow (Balkan), Hansen (Skandinavien) und die Genossin Klara Zetkin.

Genosse Anwelth, der Führer des estnischen Proletariats schildert die Entwicklung der Ereignisse bis zum Revolveraufstand, die Provokationen und Verfolgungen der Bourgeoisie. Das Proletariat in Estland erleidet eine Niederlage, wird aber den Klassenkampf fortsetzen.

Genosse Gelske gedenkt der Pariser Kommune, der siebentausend polnischen Gefangenen in Deutschland und begrüßt namens der Erweiterten Exekutive die proletarischen Helden, die für den Kommunismus in Gefängnissen sitzen.

Genosse Markowski (Polen) erklärt, daß die Gerichte in Polen täglich durchschnittlich vier Jahre Zuchthaus erteilen. In Polen sitzen in den Gefängnissen fünftausend politische Gefangene, in sieben Monaten sind Genossen in 35 Fällen in den Hungerstreik getreten. Folterungen bis zum Tode sind an der Tagesordnung. Die K.P. ist in Defensive. Die gemeinsamen Demonstrationen der polnischen Arbeiter gegen den Lancud-Prozeß kennzeichnen die Belebung der Bewegung trotz der schrecklichen Verfolgungen.

Genosse Marek (Balkan): In Bulgarien versucht die Bourgeoisie, die Kommunisten und die revolutionären Bauern physisch auszurotten, in Jugoslawien versucht sie die kommunistische Partei und die Radikale Partei zu hunderten von

Bauern vertritt, zu vernichten. Montenegro kämpft für seine Unabhängigkeit, Mazedonien für seine nationale Befreiung; die tschechischen Bauern kämpfen für den Boden. Diese Bewegungen werden gewaltsam blutig niedergeschlagen. In Rumänien werden Massenverhaftungen vorgenommen.

Genosse Charus (Tschechoslowakei) begrüßt die Erweiterte Exekutive im Namen der K.P. und der revolutionären Arbeiter der Tschechoslowakei. Nach der Annahme des Dawes-Paktes durch Deutschland verschlechterte sich auch die Lage der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei. Lohnkürzungen, Teuerung drücken auf die Arbeiter. Auf den Bauern lasten hohe Steuern.

Der 10. Februar bewies den Kampfeswillen der tschechischen Arbeiterklasse. Die Bolschewisierung der Partei ist für uns keine leere Phrase, keine mechanische Übertragung der russischen Erfahrungen, sondern eine ernste Vorbereitung, die Erziehung der Partei zu Kämpfen, die nach der Zerrinnung der demokratisch-pazifistischen Illusionen herannahen.

Die K.P. ist entschlossen, die Beschlüsse des 5. Weltkongresses über die Bolschewisierung durchzuführen. Deshalb hat sie aus der Führung der Partei die Elemente ausgeschlossen, die dieselben hintertrieben haben. Die tschechischen Arbeiter gehen mit niemandem, der direkt oder indirekt gegen die Beschlüsse der Komintern Stellung nimmt. Die K.P. wird die Bolschewisierung nicht mit Worten, sondern mit Taten durchzuführen.

Danach beantragt Genosse Semard einen Aufruf gegen den weißen Terror. Wird einstimmig angenommen.

Auf Antrag des Genossen Westphal wird eine Begrüßung der ausgeschlossenen schwedischen Arbeiter beschlossen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Wohnungselend in England. Der Bericht, der in Glasgow von einem Hauseigentümer dem Mieterrückzahlungskomitee vorgelegt wurde, zeigte, daß in Glasgow 132.146 Personen oder 12,8 Prozent der Bevölkerung in Häusern mit einem Zimmer wohnen, während über 500.000 Menschen oder 50 Prozent der Bevölkerung in Häusern mit zwei Zimmern wohnen. Ferner wurde gezeigt, daß zwischen 1914 und 1919 nichts getan wurde bezgl. der gesundheitschädlichen Unauberkeit. Seit 1921 wurde infolge 15.000 Beschwerden, die bei der Glasgow Corporation einliefen, eine zwingende Aktion gegen 9000 Hausbesitzer unternommen, die höhere Mieten gefordert hatten, aber verbietet hatten, die notwendigen Verbesserungen vorzunehmen.

Streik der Londoner Werftarbeiter. Die Werftarbeiter legten am 17. März auf den Londoner König-Albert-Werften die Arbeit nieder, weil die Atlantic-Transport-Linie (S. S. Missouri) verweigert hatte, die Friedensarbeitslöhne zu zahlen, wie in einem nationalen Abkommen vereinbart wurde. Der Streik ist auf die Schiffe, die zu derselben Gesellschaft gehören, ausgedehnt worden und genießt die Unterstützung der Gewerkschaften.

Wegen Kriegsspionage für Polen sind vor dem Kriegsgericht 16 ehemalige zaristische Offiziere angeklagt. Sie hatten gegen Bezahlung dem polnischen Konsulat in Charlottville militärische Geheimberichte geliefert. Die 16 Mitglieder der Organisation wurden verhaftet, als sie nach Polen flüchten wollten. Bei der Flucht wurden sie von der polnischen Delegation in Kiew unterstützt.

Selbstlose Helfer. Die Regierungen Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Japans haben gegen die Ausgabe einer neuen chinesischen Staatsanleihe (15 Millionen) durch die chinesische Regierung protestiert. Es werden Rückzahlungen von dem Deutschen Bozer-Schadensersatz-Fonds geleistet werden. Diese Anleihe wurde durch Steuererhöhungen gedeckt. Die betreffenden Regierungen gaben als Grund an, daß die chinesische Steuererhöhung für besondere Verpflichtungen nicht mehr bestehen, sie ein Teil des ordentlichen Steuerüberschusses sein sollte und nicht als Deckung für neue Belastungen.

Aus aller Welt.

Auf den Salzfländen der Reichswehr in Hundebusch ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. Soldaten waren damit beschäftigt, alte Munitionskisten zu vernichten. Ansetzend sind dabei eine Handgranate oder eine kleine Mine explodiert. Durch Sprengsplitter wurden fünf Mann schwer- und fünf Mann leicht verletzt.

In Belgien wird ab 1. Mai die Sommerzeit eingeführt.

Das Kriegsgericht in Namur verurteilte den deutschen Hauptmann Schulte und den Leutnant Koles vom 181. Infanterieregiment zum Tode, weil sie 15 Zivilpersonen getötet und 14 Häuser in Raufort verbrannt haben sollen.

Der Prozeß gegen den in Abwesenheit zum Tode verurteilten früheren französischen Hauptmann Sédoul, der vor einigen Monaten nach Paris zurückkehrte, wird vor dem Kriegsgericht von Orleans am 31. März beginnen. Als Zeugen sind u. a. Cailleur, Walsh und Sudt und der ehemalige französische Botschafter in Petersburg, Rouleau, geladen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ertränkten die Ende des Jahres 1923 in der Zukunfterrubik entdeckten Goldvorkommen schon 1924 5950 Kilogramm Gold, was ungefähr einem Drittel des ganzen in der Sowjetunion ausgebeuteten Goldes entspricht. Die außerordentliche Ausbeute des Jahres 1925 wird auf 7600 Kilogramm geschätzt. In der früher vollständig unberohnten Gegend haben sich jetzt 11.000 Goldsucher angesiedelt.

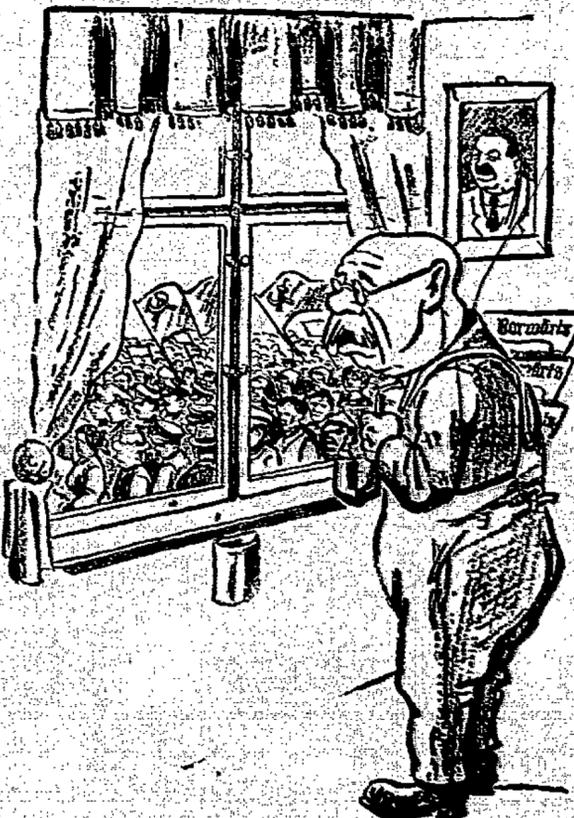
Die Stockholmer „Abt Dagligt Allehand“ meldet: Dienstag nacht wurde bei Bredbo, zwischen Sandviken und dem alten Ortlehamm, eine Mine an Land getrieben, die mit gewaltigem Knack auf den Strandklippen explodierte. Auf den benachbarten Gutsböden wurden durch den Ausbruch eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert. Weiterer Schaden entstand nicht.

153.000 Mark verlor sich durch einen gefälschten Scheck ein in der noch unbekannter Betrüger bei einer Bank in Nürnberg.

In einer Schlägerei zwischen Karabizieri und einer Diebesbande kam es an den Abhängen des Beluss. Ein Mitglied der Bande wurde erschossen, ein anderer schwer verletzt.

Einem Goldschädel im Gewicht von 20 Kilogramm fanden bulgarische Bauern bei Kollferinowo. In dem Schädel befanden sich drei goldene Kronen.

Die Thälmann-Rundgebungen.



„Was, lebt die KPD noch?“



Betrieb und Werkstatt

Rumpels, beteiligt Euch restlos am Jubiläumssball!

Von einem Kamtel erhalten wir nachstehende Zuschrift: In Nr. 87 der „Bergwacht“ wird das Referat des Kameraden Elzner wiedergegeben, welches er in der Jubiläumssball-Waldenburg des Bergarbeiterverbandes hielt. Thema: Kohlen-überflut in Deutschland, der zurückzuführen sei auf Einführung der Oelfeuerung, auf Ausnutzung der Wasserkraft und auf Verwendung von minderwertiger Staubkohle.

Die elende wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter führt Elzner nicht ab. Welche Mittel aber schlägt er vor um eine Besserung herbeizuführen? Der Schluss des Berichtes lautet:

An der Bergarbeiterschaft selbst wird es liegen, wenn sie nicht im Glend verfallen will, den Unternehmern einen Wall entgegenzusetzen in Form einer starken geschlossenen Organisation.

Die rege Ausstrahlung wurde im Sinne des Referats geführt. Zum Schluss wurden die Kameraden aufgefordert, an dem kommenden Sonntag stattfindenden Jubiläumssball restlos teilzunehmen.

Wir sagen: Jawohl, hinein in die freien Gewerkschaften! Aber: Hinaus mit den reformistischen Führern, die, wie es wieder einmal der Eisenbahnerstreik gezeigt hat, an einen Kampf für höhere Löhne nicht denken. Schafft Euch eine revolutionäre Führung!

Es ist eine Verhöhnung der Waldenburger Rumpels, wenn sie durch ihre Führer aufgefordert werden, sich restlos an einem Jubiläumssball zu beteiligen.

Ein Pfui den reformistischen Führern, die mit Schnaps und Tanz die Bergarbeiter ihr Glend vergessen lassen wollen.

„Kultur“zustände auf unserer Grube.

Guido-Grube, Sindenburg.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Standalöse Zustände herrschen auf der Guido-Grube. Untertage steigt das Wasser in den Strecken und Grundstrecken bis an die Knöchel und die Proleten müssen tagtäglich zweimal durch das Wasser gehen. An manchen Tagen müssen sogar die Schuhe ausgezogen werden (wenn einer noch welche hat oder wenn man die Schuhe der Bergleute noch Schuhe nennen kann), denn das Wasser reicht bis zu den Knien. Ja es ist schon vorgekommen, daß das Wasser die Bergleute herunterläßt und die Förderung zwei bis drei Stunden stehen muß.

Hinterher werden die Förderleute und Häuer umsonst angetrieben, weil der Kapitalist trotzdem keinen Profit haben will. Ist die Förderung nicht so hoch wie sie sein soll, so wird auf andere Art und Weise der Profit aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden. Die Arbeiter werden mit Strafen und Gehntel misshandelt. Im vergangenen Monat war selten ein Prolet zu finden, dem keine Strafe abgezogen worden war.

Kommt der Arbeiter in das Badehaus, so ist kein Wasser vorhanden, in dem er sich abwaschen kann. Es beginnt ein tolles Rennen nach Wasser. Nachts und halbnachts Gestalten laufen vom alten in das neue und vom neuen in das alte Badehaus und suchen Wassertöpfe. Die Verwaltung weiß ganz gut davon, denn der Bademeister war des öfteren beim Obersteiger und hat ihn gebeten, er soll dem Uebel abhelfen. Auch der sozialdemokratische Betriebsrat weiß ganz gut davon, aber was schert sich der drum, er ist ja lauer, was braucht er Wasser. Auf Befragen sagte das Betriebsratsmitglied Zolt am Freitag den 20. einem ganz jungen Arbeiter: „Verflucht noch mal, ich werde dir doch Wasser nicht bringen! Verfluchte radikale Phrasendrescher, wenn kein Wasser da ist, so ist halt kein da.“ Und das Betriebsratsmitglied Ohlster lacht sich immer ins Häufchen, wenn er schon abgewaschen ist und die anderen Kameraden noch in den Tüchern sitzen.

Wir glauben den Herren Betriebsräten, daß sie nicht dazu da sind, Wasser zu holen für die Rumpels, aber sie sind doch dazu da, diese standalösen Zustände abzuschaffen und vorstellig zu werden bei der Verwaltung oder bei der Polizei, daß die Rumpels als Menschen nicht nötig haben, nach herumzulaufen im Grubenloche.

Eine Referatsleistung zu legen, kostet allerhand Geld. Geld für die Fahrkarten ist immer da. Die Kompanie Janoschka braucht oft wochentags nicht einfahren und kriegt voll bezahlt. Unter dieser Bande befindet sich auch ein Band mit Namen Julius Wiora. Der Vater desselben arbeitet auch auf der Guido-Grube als Häuer (parteilos, damals etwas deutschnation). Im vergangenen Jahre hatte er sich etwas Sprengmaterial nach Hause mitgenommen, um auf dem Felde, das er von der Verwaltung gepachtet hat, die Wurzeln auszureißen. Nach dem Mai-Fest, in dem der Vater auch einige Schichten gestreift hatte, ging der Junge Julius Wiora zur Polizei und zur Verwaltung und meldete, daß sein Vater Sprengmaterial zu Hause habe. Daraufhin wurde der alte Wiora von der Verwaltung entlassen. Er bekam aber gleich nach ein paar Wochen Arbeit auf derselben Grube, wo er als Neuer schwer arbeiten mußte. Das hat sich der alte Mann, der schon 30 Jahre Pension auf der Grube hat, so zu Herzen genommen, daß er sich heute, den 21. März, 11 Uhr vormittags,

das Leben nahm.

Auch war er des öfteren von dem Sohne geschlagen worden. Der alte Wiora hatte den Tag vorher mit seiner Frau einen schweren Wortwechsel wegen dem Sohne. Am Sonnabend früh kam er wie gewöhnlich ins Badehaus, hatte aber keine Lust mehr an die Arbeit zu gehen und ging in den Gaudowald, setzte sich an einen Baum und steckte sich eine Sprengpatrone mit Material in den Mund, worauf ihm der ganze Kopf mit dem Halse abgerissen wurde. So geschah wegen eines falschen Schusses, der vom Kapitalismus bezahlt wurde und vor seinem eigenen Vater nicht zurückschreckte.

Unternehmerwille.

Zwanziger & Söhne, Peterswalden.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Recht nette Zustände existieren bei der Firma Zwanziger & Söhne, Abteilung Spinneret. Dort arbeiten die Spinner und Kämpfer schon seit drei Jahren nur drei und vier Tage die Woche. Diese Woche kam ein Anschlag heraus, der die Arbeitszeit wieder auf drei Tage festsetzt. Es scheint hier eine besondere Günstlingswirtschaft zu bestehen, während näm-

Was sagen die Proleten zum roten Kandidaten?

(Von unserm Betriebsberichterstatter.)

Wenn im Betrieb während der Pausen über die Wahl des Reichspräsidenten gesprochen wird, so hört man viele Arbeiter sagen: „Na, es hat doch wirklich keinen Zweck, daß wir nächsten Sonntag zur Wahl gehen und diejenigen, die ganz revolutionär sein wollen, sagen dann noch, wir wundern uns nur über die SPD, daß sie noch diesen Kohl mitmacht.“ Dann gibt es immer scharfe Debatten, wenn wir Kommunisten einem SPD-Arbeiter, der sich einsetzt für Braun und auf den verstorbenen Ebert hinweist, erklären müssen, wer war Ebert und was hat er für die Arbeiter getan. Denn es steht doch fest, daß Ebert weiter nichts war, als die Strohhuppe, die von den Kapitalisten geduldet wurde und er hat sich sehr erkenntlich gezeigt den Kapitalisten gegenüber. Wer immer noch zweifelt, der mag den Magdeburger Prozeß verfolgen. Dort sehen wir sehr deutlich, daß Ebert ein Reaktionsär war und sein Verhalten während der Revolution, wie sehen, wie er versuchte, mit allen Mitteln die Arbeiter niederzuhalten, nachdem es ihm gelungen war, sich eine gute Position zu sichern. Er forderte den Massenflüchtler Moske auf, eine Weiße Garde aufzustellen, und Moske löste seine Aufgabe glänzend und ließ 15 000 Arbeiter unter die Erde befördern. Ebert konnte sich rühmen, im Magdeburger Prozeß die bolschewistische Flut von Deutschland ferngehalten zu haben, das heißt Deutschland wieder den Kapitalisten ausgeliefert zu haben. Als im Rapp-Putsch sich die Arbeiter für Eberts Thron in die Schanzen geworfen hatten und er durch seine Minister die Arbeiter allerhand verprochen hatte, da war er es, der ins Ruhrgebiet die alten Generale einmarschieren ließ und ein unheimliches Blutbad unter den Arbeitern anrichtete. Was wilhelminische Generale nicht schaffen konnten, das besorgten die von Ebert eingesetzten Ausnahmeorgane in ausgiebigem Maße. Tausende und aber Tausende wurden jahrzehntelang in die Kerker der Weissen Republik geschleift. Er scheute sich nicht, sogar Todesurteile gegen revolutionäre Arbeiter zu unterschreiben, wo auf der anderen Seite die Rapp-Verbrecher zum größten Teile frei ausgingen. Er verstand es vorzüglich, mit dem Belagerungszustand zu regieren. Die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen jagte er zum Teufel und übergab die Macht dem konterrevolutionären General Seeck. Niemand verstand es besser wie Ebert, der Reaktion den Weg freizumachen und in den letzten Tagen noch herief er die Deutschnationalen an die Regierung. Sein Weg, den er gegangen ist, war ein einziger Verrat gegenüber dem Proletariat.

und die Reaktion hatte alle Ursache, sich bei seinem Tod für die von ihm geleistete Arbeit zu bedanken.

lich der größte Teil der Belegschaft feiern und mit 6 Mark ja sogar unter 3 Mark Wochenlohn nach Hause gehen muß, werden andere bedroht. Ein unlangst gekundener Lohnbeutel eines Betriebsratsmitgliedes SPD, bestatigt dies.

Kollegen, wollt Ihr lieber mit Eurer Familie verhungern? Demt Ihr etwa mit Euren abgehärmten Gelehrten das Mittel des deutschnationalen Direktors Arieck zu regeln? Eure Stohlfast liegt in der Organisation. Ihr sagt, wegen Kinner und Milche geht Ihr nicht in die Organisation. Bilden diese Organisation oder Ihr? Ich glaube Euch gern, daß Ihr von dieser Ge'ellschaft nichts erpöist. Kopf hoch, Kollegen! Hinein in die Organisation! Und wird's Euch möglich sein, den Sozialfall auszumitteln.

Ein Prügelheld.

Concordia-Grube.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Der Arbeiter Orschke von der Concordia-Grube, der erst Untertage arbeitete, nachdem er aber einen Unglücksfall gehabt hatte, nach Ubertage überwiesen worden war, stellte einen Antrag auf ein Heilverfahren. Als er wegen des Antrags vom Steiger Zyrich bestellt wurde und sich beim Bademeister Zibold auf eine halbe Stunde entschuldigte, wird er von demselben „befressenes Schwein“ beschimpft, geprügelt und die Treppe hinuntergeworfen.

Arbeiter der Concordia-Grube von Ubertage, wollt Ihr, die Ihr nur so viel verdient, daß es Euch knapp zum Brot und zur Margarine reicht, Euch solche Schikanen eines solchen brutalen Vorgehens gefallen und Euch als Sklaven behandeln lassen? Es wird Zeit,

daß Euch die Augen aufgeben!

Merkt Euch diesen Prügelhelden, auch für ihn wird mal der Schlag kommen.

Wie die Grubengewaltigen über das Sicherheitswesen denken und Men'schenleben aufs Spiel setzen.

Fuchsgrube, Weisthien.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Am 23. Abteilung auf der Fuchsgrube war der Bergmann Bähelt mit dem Verlieren seiner Arbeitsstelle beschäftigt und beschäftigt dazu einige Säcke Holz. Der Jahresteiger Weich, welcher diese Abteilung befehligt, verlangte von B., daß er diese Holzstücke wegnehmen solle. B. erklärte ihm, daß er dies nicht tun könne, ohne seine Sicherheit zu gefährden, auch seien ihm schon mehrere Bergstücke auf den Kopf gefallen. Jahresteiger Weich erklärte, das ginge ihn nichts an und läßt durchblicken, daß das Bergrevieramt nichts zu sagen hätte.

Bergmann Bähelt meldet diesen Vorgang der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, welche ihrerseits das Bergrevieramt in Kenntnis setzt. Bei den Verhandlungen zwischen Bergrevieramt und Werkverwaltung konnte dieser Jahresteiger seine Versicherungen nicht bestreiten, umsonst als B. noch zwei Jengen zur Seite standen. Da diese Verhandlungen für die Werkverwaltung höchst ungünstig ausgefallen sind, weiß sie sich nicht anders zu verhalten, als den Kameraden Bähelt, Riele und Gottwald die Kündigung anzustellen. Mein auch hier mußte die Verwaltung den Rückzieher machen und so hat sie durch die Verhandlungen eine ungeheure Blamage er-

Wenn man alle diese Tatsachen den Arbeitern im Betriebe sagt, dann werden auch die SPD-Arbeiter sehr schweigend. Aber es würde nun auch keinen Zweck haben, überhaupt nicht zu wählen, denn dadurch würde nur die Reaktion gestärkt werden.

Wenn wir zur Wahl aufrufen, so nur aus dem Grunde, um die Massen zu mobilisieren, sie aufzurufen zum Sammeln unter dem roten Banner der SPD.

Jede Nichtbeteiligung an der Wahl wäre die Stärkung der sozialdemokratisch-reaktionären Front, daß die Arbeiter kein Interesse haben am politischen Leben und darauf warten nur die Reaktionsäre. Wir als Arbeiter können uns gar nicht genug mit Politik beschäftigen, denn hätten wir im Jahre 1919 schon mehr Verständnis gezeigt für Politik und uns nicht so sehr auf die Führer verlassen, dann hätten wir schon damals gründlicher mit der Bourgeoisie aufgeräumt. Wir wären heute weiter und brauchen nicht so unter den Lasten zu keuschen, die uns die Kapitalisten mit Hilfe der Sozialdemokraten auferlegen. Wenn es wirklich so ist,“ sagen einige Kollegen, „dann müssen wir schon zur Wahl gehen, aber sagt nun einmal, wenn Euer Genosse Thälmann gewählt würde, was würdet Ihr denn tun?“ „Nun, er würde vor allem die politischen Gefangenen befreien und den § 48 auf die Reaktionsäre anwenden.“ „Ja,“ sagt der SPD-Mann, „das wäre ja dann der Bürgerkrieg.“ „Jawohl, anders können wir die Kapitalisten auch nicht vernichten, denn ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus gibt es nicht, und nur durch den Bürgerkrieg können wir zum Ziele kommen.“ „Aber es hilft uns nichts, nur den Stimmzettel abzugeben für den Arbeiter Ernst Thälmann, sondern, wenn wir aus unserem Glend herauskommen wollen, dann müssen wir uns fest zusammenschließen, und wenn der Ruf an uns ertönt, aufstehen wie ein Mann und den Kampf aufnehmen zum Sturze des Kapitalismus. Wir haben es schon lange satt, zehn und zwölf Stunden lang für einen Hungerlohn zu schullen.“

bleibt am nächsten Sonntag der Wahl nicht fern, wählt aber auch keinen SPD-Mann, denn der ist genau so schlimm, wie die anderen Bürgerlichen. Demonstriert am Sonntag durch Abgabe des roten Stimmzettels, daß Ihr gewillt seid, zu kämpfen für die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft. Ernst Thälmann ist die Parole!

leht. Es dürften wohl die Grubenbeamten belehrt sein, daß die Bergarbeiter noch lange nicht gewillt sind, alle Schikanen ruhig hinzunehmen.

Den unorganisierten Bergarbeitern rufen wir zu: Organisiert Euch im Bergarbeiterverband, denn jeder kann in solche Angelegenheiten hineingezogen werden, wo die Organisation eingreifen muß. Durch Eure tatkraftige Mitarbeit werdet Ihr den Verband zu einer Kampforganisation machen und so das Grundübel, den Kapitalismus, beseitigen.

Die „fürklichen“ Gruben.

Graf Hochberg-Grube.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Auf der Graf Hochberg-Grube, wo ein neuer Schacht getrieben wird, sollen herrliche Zustände herrschen. Westa dort die Kollegen ihre Notdurft verrichten wollen, müssen sie es auf die Schaufel machen und dann erst in den Kibel werfen, welcher über Tage steht.

Kameraden, laßt Euch das nicht gefallen! Meldet die Sache dem Revierbeamten; zeigt, den Herren, daß Ihr nicht langt, wie sie pfeifen! Tretet in die SPD-Zelle ein, laßt die „Schlechte Arbeiterzeitung“.

Wie lange wollt Ihr Euch so etwas gefallen lassen?

Fa. B. Kelling, Klein-Tschand.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Ein Streikbrecher vom Kohlarbeiterstreik des vergangenen Jahres in der Firma A. Schüller, Klein-Tschand, der dort wegen Betrügereien entlassen wurde, wird von Kelling eingestellt und zu dem Hutarbeiterkollegen Drenschle geschickt. Kollege Drenschle sagte kurzerhand, empört über die Zumutung, mit einem Streikbrecher zusammen arbeiten zu müssen, einen Streikbrecher könne er nicht gebrauchen. Dies erzählte der Streikbrecher Richard Wolf, dem Chef und Kollege Drenschle wurde deshalb entlassen.

Drenschle, ein früherer Unabhängiger, jetzt treues Mitglied des Reichsbanners, bekennt sich Organisation zur Ubertagebildung der Klassengegenläge, kann sich nun bei seiner Republik für die schwachen Arbeiterschutzes bedanken.

Eine Galatin des „gnädigen Herrn“ ist die Meisterin Froster Frommelt. Sie bringt es fertig, einen Teil der Arbeiterinnen gegen den anderen auszuspielen. Als nämlich einige Blätterinnen Zulage haben wollten, machte sie dem Chef den Vorwurf, die Zulage der einen den anderen abzugeben.

Herr Kelling war selbstverständlich zufrieden, denn solche Zulagen kosten ihn ja nichts.

Dieser seine Chef äußerte einmal vor vielen Jahren, die Arbeiter werden froh sein, für eine Quarantäne bei mir zu arbeiten und wahrlich, wir haben es fast so weit in der deutschen Republik gebracht.

Geht es die Frage: Was denken die Kollegen und Kollegen über solche Mißstände? Wie lange wollt Ihr Euch so etwas gefallen lassen?

Thälmann ist der einzige Arbeiterkandidat! Denkt daran am Sonntag.

Breslau

Genossen!

Wir stehen Schulter an Schulter vereint.
 Ich fetter den anderen verlaßt.
 Wir haben alle nur einen Feind.
 Wir haßen mit gleichem Hesse.
 Uns hat die Not zusammengeführt.
 Wir säen die roten Samen.
 Wir kämpfen mit Häufen, mit Feuer und Geist.
 Wenn's Morgenrot strahlt, wenn's endlich heißt:
 Hinaus! Auf die Barrakaden!

Wo bleibt in Scheitrig die weltliche Schule?

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Diese Frage erheben die Arbeiter im Scheitriger Bezirk. Man steht abermals vor der Not, und wieder müssen unsere Kinder konfessionellen Schulen angemeldet werden.

Wahrlich, die weltliche Schule ist noch lange kein Ideal und durchaus keine sozialistische Erziehungstätte. Auch sie ist bürgerlich. Immerhin hat sie aber den Vorteil, daß der pfäffliche Religionsunterricht fortfällt und auch die anderen Fächer nicht konfessionell beeinflusst werden. z. B. Geschichte und Naturgeschichte.

Hierzu kommt noch, daß in den konfessionellen Volksschulen die Disziplinärstrafen oft als Schüler 2. Klasse behandelt werden und unter dem Fanatismus mancher Lehrer zu leiden haben. Deshalb beklagen wir Arbeiter die Errichtung einer weltlichen Schule in Scheitrig.

Die Sozialdemokraten hatten 7 Jahre lang die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, sie dachten nicht an den Ausbau der weltlichen Schule. Denn man kann logischerweise nicht auf der einen Seite die Beteiligung bei der Kirchwahl den Arbeitern empfehlen und auf der anderen Seite weltliche Schulen fordern. — Sie verschlechterten die Volksschule an die Bourgeoisie. Einmal war es ihnen gelungen, die Arbeiterkassen dumm zu machen, und zwar bei der Arleinschule.

Bei der Festabstufung gelang es ihnen nicht, weil ihnen die Arbeiter auf die Finger klopfen. Sonst wären sie genau so umgehört im Stadtparlament wie bei der Arleinschule. Statt aber damals die Gelegenheit beim Schopf zu fassen und den Antrag zu stellen, eine weltliche Schule dort unterzubringen, kamen sie mit allerhand Tricksereien und gingen wie die Kacke um den heißen Brei.

Arbeitern. Ihr habt nichts zu erwarten von einer Partei, deren prominenteste Führer noch der Landeskirch angehören. Darum geht selbst am Werk und probiert unter den Arbeitern für die Errichtung der weltlichen Schule in Scheitrig. Die kommunistischen Gewerkschaften werden euch unterstützen.

Mißstände im Wohnungswesen und in der Breslauer Wohlfahrtspflege.

Wir hatten in den letzten Wochen mehrmals Artikel über Missstände in der Wohlfahrtspflege und im Wohnungswesen veröffentlicht. Infolgedessen haben die Behörden Untersuchungen eingeleitet. Es handelt sich hierbei besonders um die Artikel „Ein netter Bezirksvorsteher“, veröffentlicht am 17. 2. 1925 und den Artikel „Schub drückt Wohnungslosigkeit“. Wir erziehen alle Genossen, die uns Angaben über die genannten Missstände machen können, sich nachmittags in der Redaktion zu melden, und vor allem müssen die Verfasser der beiden Artikel erscheinen.

Die Verteilung der städtischen Spielplätze für das neue Spieljahr soll demnächst vorgenommen werden.

Die noch ausstehenden Gehälter der Vereine um Ueberlassung eines Spielplatzes sind bis spätestens zum 28. März 1925 unter Angabe eines bestimmten Platzes und der gewünschten Nutzungszeiten an die städtische Schulverwaltung, Magdalenstr. 14a, in der Magdalenenstraße 13, 4 Stock — einzureichen. Nur die Vereine, die sich fristgemäß bewerben, werden berücksichtigt werden.

Aus der Provinz

Der künftige SPD-Sumpf in Striegau.

Große Interaktionen des Redakteurs Menzel. Die Zustände im „Volkshaus“.

Striegau, 23. März 1925.

Wir erzählen es nun endlich einmal einer von den Sumpfbildern, die sich trotz Arbeiterführer, unermesslich trotz der vorigen Woche, anlässlich einer Revision der Geschäftsstelle der Striegauer Volkzeitung wurde von unwürdigen Redakteuren festgestellt, daß nur der kleine Betrag von 10 000 Mark fehlt und nur für 1000 Mark Zeitung vorhanden ist. Für die anderen 9000 Mark fehlt jede Zeitung.

Der Redakteur Menzel ist sofort dieses Entes entzogen worden, aber zunächst ihm dem Staatsanwalt zu übergeben, wo er eigentlich hingehört, läßt man ihn diese Schuldigen unterzeichnen, daß er das Geld zurückzahlen will. Hier drängt sich uns folgende Frage an, können denn diese Leute von SPD hier im Ort Menzel dem Staatsanwalt übergeben, wenn sie sind mitschuldig.

Es haben sich die Ereignisse im Kaffee Kasse und bei den konfessionellen Schulen mit einem und haben dieses Treiben gesehen und gehandelt, und wenn nicht eine entsprechende Strafe gekommen wäre, dann hätte hier Mann, trotzdem er ein Gehalt von ungefähr 100 Mark erhält, noch lange die Arbeiter betrogen. Mitbewusstlich ist auch der letzte Redakteur des Volkshauses Striegau und der Betriebsrat Krollsch von der Dackelstraße.

Es werden Ihnen vor zwei Jahren von unserem Genossen Reimann bereits angedeutet gemacht, daß die Ausgaben des Volkshauses, der leitende Geschäftsführer des Volkshauses war, mit seinen Gehältern durchaus nicht in Einklang zu bringen sind; aber nur ein Teil davon war die Antwort. Hier als er sich, die Kommunisten aus dem Volkshaus hinauszuwerfen.

da waren sie die ersten. Ebenso hat der jetzige Geschäftsführer des Volkshauses Herr Döring einen großen Teil mit Schuld an dem Betrug. Als er die Geschäfte im Volkshaus übernommen hatte, hat er festgestellt, daß etwas nicht stimmte; und trotzdem ihm wieder Genoss Reimann sagte, daß es doch seine Pflicht wäre, in der Geschichte nun aber auch konsequent zu sein, erklärte er ihm wirklich: „Ja, ich bin halt nicht so ein Mensch wie du der alles an die große Glocke bringt, das kann doch im engeren Kreise erledigt werden.“ Man hätte die Geschichte so gerne noch bis nach der Wahl vertuscht aber es ging leider nicht mehr. Aber für die Arbeiter sollte es ein Zeichen sein, daß es Zeit ist, mit dieser Gesellschaft zu brechen; aber nicht nur den Kreis hinauszuwerfen, sondern auch die Zeitung und die einzige Zeitung der Arbeiter in Schlesien die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ abzumachen.

Der Volkshausstempel.

Am Sonntag fand hier die ständige Geschäftsleiterversammlung des Volkshauses statt. Geschäftsführer Döring gab den Geschäftsbericht sowie den Kassenericht, welche beide sehr trübe ausfielen. Döring ermahnte die Geschäftsleiter in den Betrieben dafür zu sorgen, daß die Arbeiter noch mehr ins Volkshaus kommen sollten und nicht in bürgerliche Kneipen, vor allem nicht zu dem deutschnationalen Dreffler. Zu Punkt „Beschäftigung“ ging Genoss Grünbel noch einmal auf den Hinauswurf der Kommunisten ein.

Wer den Kampf gegen Schwarzweißrot will, den Sieg der Roten Fahne will, der wählt den Arbeiterkandidaten Schälmann!

welches eine lebhaft debattierte. Genoss Reimann griff ebenfalls in die Debatte ein und erklärte, daß Döring behauptet, daß die Arbeiter in bürgerliche Kneipen gehen, er soll doch dann aber zuerst einmal bei den Führern anfragen, die gerade bei dem deutschnationalen Dreffler gehen von 80 Mark machen. Trotzdem Reimann niemanden benannt hatte, sprang der Gewerkschaftssekretär Müller auf und erklärte unter anderem, was Reimann sagt, das bin ich gewesen, und ich gehe hin, wo es mir beliebt. Ob die 80 oder 800 Mark betragen hat, das weiß ich nicht mehr über sein Vorkommen hat ich anders zu bestimmen. Also die Arbeiter fordert man auf, ins Volkshaus zu gehen und die Herren Führer gehen mit einigen Ausnahmen dorthin, wo die Arbeiter nicht hingehen sollen. Wann werden diese Leute endlich ihren Fußtritt erhalten?

Proletarischer Filmabend in Lauban.

Die vor kurzer Zeit gegründete Ortsgruppe Lauban der F.A.Z. trat am Montag, den 23. d. Mts., das erstmalig mit einem proletarischen Filmabend in die Öffentlichkeit. Lange vor Beginn war der Saal überfüllt und die zu spät Kommenden mußten sich mit Stehplätzen begnügen und zum großen Teil stehen. Ein voller Erfolg der Laubaner F.A.Z.-Ortsgruppe, meldeten sich doch zum Schluß eine Menge Arbeiter als Mitglieder an. Mit größter Ruhe und Spannung folgten die erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen den drei gezeigten Filmen. Auf die Filme selbst werden wir noch besonders zurückkommen. Der Genoss L. Lange-Berlin wies in seiner Ansprache ausführlich auf die Bedeutung der F.A.Z. als überparteiliche Hilfsorganisation hin. Oft genug hat die F.A.Z. gezeigt, daß sie nicht nur von Solidarität redet, sondern handelt. Die Unterstützung dieses Hilfswerkes ist für das internationale und somit für das schlesische Proletariat eine Lebensnotwendigkeit. Schon heute sind die Merkmale des langsamen Verhungerns bei Arbeitern, und vor allem seiner Kinder, so deutlich, daß für niemand mehr der ungenügende Not und des Stens verlässlichen kann. Ein neues 1923 heißt für das deutsche Proletariat vor der Tür. Die Internationale Arbeiterhilfe wird gemeinsam mit den Angehörigen aller Länder gegen diese Zustände ankämpfen. Auch die Laubaner Arbeiterkraft muß uns dazu unterstützen. Aber nicht durch Revolutionen und Beifallstundegebungen, sondern durch praktische Mitarbeit, durch den Beitritt zu den Bund der Freunde der F.A.Z.

Freiburg. Auch ein Arbeitervertreter. Die heutige Ortsgruppe der Kriegsverletten hatte dem Magistrat einen Antrag eingereicht, zwecks Freigabe eines Sitzplatzes für die Arbeiter ihres Arbeitskreises. Der Antrag lag dem Schulsausschuß vor. Der sozialdemokratische Vertreter in demselben war dagegen mit der Motivation, man solle die Sitzungen abwechselnd bei den Vorstandsmitgliedern machen. Der bürgerliche Vertreter hat dies selbst als unannehmlich, indem er mit Recht auf die Wohnungsverhältnisse hinwies, die bei den Arbeitern herrschen. Daraufhin wurde dem Antrag stattgegeben.

Sagen Sie. Schneller kann man wirklich nicht. Künftig eine Stadtratsentscheidung einbringen, die sich mit einer Wirtschaftskasse für die Gewerkschaften abgeben gelagt in den hauptsächlichen Orten schon lange gewährt ist, belassen soll. Wir callständigen ja das langsame Arbeiten, weil der Stadtratspräsidenten-Konferenz ein Sozialdemokrat (Krebstagsabgeordneter Feldmann) und jetzt noch zerrüttet ist von der

An unsere Leser und Korrespondenten!

Infolge der vielen Verbote hat unser Zeitungsverlag mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Abonnementsgeber können nur sehr spärlich ein. Jeder Kommunist und jeder Sozialistenerbe muß es für seine vornehmste Pflicht halten, die kommunistische Zeitung zu unterstützen.

Wir fordern unsere Korrespondenten auf, unverzüglich die Aufklärung der rückständigen und der fälligen Abonnementsgebühren vorzunehmen. Die Ortsgruppen haben zu kontrollieren, ob die Korrespondenz dieser Aufforderung auch nachkommen.

Die einstelligen Gelder — auch a-Konto-Zahlungen — sind sofort an den Verlag einzulösen. Wir werden in den nächsten Tagen Genossen in die Provinz schicken, mit dem Auftrag, die Arbeit unserer Zeitungskorrespondenten zu kontrollieren.

Der Verlag.

Fräuleinlichkeit in Heidelberg und vor Oberis Tod rückfällig. allerhand zu verordnen hätte, bezüglich der hiesigen Sozialdemokratie, damit der Laden klappt. Nun ja, er hat geflappert, denn „Deutschland, Deutschland über alles“ usw. hat man ja schon in der Schule gelernt. Und gelernt ist gelernt, da kann man nicht mehr aus der Rolle fallen. Aber ich glaube, die Sache hat einen anderen Haken. Der Herr Regierungspräsident, seines Zeichens nach ein Parteifreund von Herrn Feldmann, berichtet, wie schon bekannt, den Langenbielauer Gewerkschaften jegliche Sonderzulagen, auch die bis dato gezahlten Mietzuschläge (3 Mark pro Monat) und jeden Monat 1 Zentner Kohle, was beides durch die Stadtverordnetenversammlung bewilligt war. Auf Grund dieser Verfügung, von der auch Herr Feldmann bestimmt unterrichtet ist, sagt man sich, wir schließen uns dem Verbote sowie an, und da ist es praktischer, nicht erst mit den 3 kommunistischen Stadtverordneten herumgezankt, und der Sache aus dem Wege gegangen, so lange man eben kann. So markieren wir nun schon eine Reihe von Wochen und ich nehme an, keine Antwort ist auch eine, und vielleicht die Beste.

Ganz anders dagegen der Ortsausschuß, den wir von diesem Verbot in Kenntnis gesetzt und von ihm verlangt haben, Schritte zu unternehmen, diese bestehende Falschheit zu ändern. Nun keine Antwort. Nichts Ueberraschendes. Er sagt in seiner Mehrheit: Unter den Gewerkschaften befinden sich auch Unorganisierte, und es liegt für uns sehr fern Grund vor für die Armen der Armen einen Finger krumm zu machen und die Forderung der 5000 Gewerkschaften zu den untrigen zu machen, und für die Befreiung obenerwähnter Verfügung einzutreten. Uebrigens fühlen sich die Herren ebenfalls beleidigt, wie die Stadtväter, und somit war für sie die Sache erledigt. Eine wirklich leichte Arbeitsmethode; deshalb wundern uns auch nicht, wenn man in einem Jahre nur 4 Ortsausschüßstungen für notwendig erachtet.

Ihr Langenbielauer, größtenteils arbeitslose Bau- und Ziebauarbeiter, was sagt ihr dazu? Das ist die uns zur Genüge gedrehtene Arbeit der Gewerkschaften vom Schlege der Lang und Greifenseberger. Geht hin und bedankt euch bei diesen Leuten, die euch den Hungertiemeln immer enger ziehen. Am kommenden Sonntag habt ihr Gelegenheit, diesen Lafalen der Bourgeoisie wieder einmal ihre verdiente Quittung zu geben.

Bersammlungen für die Präsidentenwahl

finden statt:
 Weichstein, Freitag, den 27. März, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Deutschen Haus.
 Nieder-Salzbrunn, Sonnabend, den 28. März, abends 7 Uhr, im Gasthaus zum Aker.
 Wittasser, Sonnabend, den 28. März, abends 7 Uhr, im Gasthaus zum Eisernen Kreuz.

Arbeiterliteratur.

Lohn, Preis und Profit.

Die Dina ließ diese Schrift von Marx als Band VII der „Elementarbücher des Kommunismus“ erscheinen. Die Schrift umfaßt 80 Seiten und ist mit einem Fremdwörterverzeichnis versehen.

Weshalb muß sie jeder Kommunist und Arbeiter gelesen haben? Deshalb, weil es Menschen gibt, die sich stolz als Marxisten bezeichnen, vom Marxismus aber ebensobiel verstehen wie ein Hornochse von der Sternkunde. Vor einem Kommunisten, der nicht bloß Phrasen drischt, sondern auch in der Theorie des Marxismus bewandert ist, muß und wird jeder Indifferente und jeder Gegner Achtung haben. Es sind keine schwer zu begreifenden Theorien, die dem Leser in dieser Schrift vorgelegt werden. Lohn, Geld, Preis, Wert der Arbeit, Arbeitskraft, Mehrwert — wie oft verstehen die Arbeiter unter diesen Worten ganz andere Begriffe, als es Marx getan hat.

Die Kommunisten sind die Träger der Zukunft. Jeder Kommunist muß den Weg, den er geht, genau kennen. Diese Wege haben uns gezeichnet in ihren Schriften Marx und Lenin.

„Lohn, Preis und Profit“ ist zum Preis von 60 Pf. bei jedem kommunistischen Literaturmann zu haben, oder direkt bei der Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Lohnarbeit und Kapital.

Sie Dina ließ diese Schrift von Marx als Band II der „Elementarbücher des Kommunismus“ erscheinen. Verlesen mit einer Einleitung und Fremdwörterverzeichnis umfaßt sie 40 Seiten. Jeder Kommunist und jeder Arbeiter muß sie gelesen haben. Weshalb? Deshalb, weil wir als Marxisten — im Gegenteil zu den Reformulien — die Ansicht vertreten, daß nicht der freie Wille, nicht der Geist den Gang der Geschichte lenkt, sondern es sind die Produktions- und Lebensbedingungen, die die menschlichen Gedanken lenken. Wir müssen die jetzt bestehende Produktionsweise studieren. Der Weg zur kommunistischen Gesellschaftsordnung führt über die Vernichtung der kapitalistischen Ausbeutungswelt.

„Die arbeitende Klasse allein ist es, die alle Werte produziert. Sie alle Werte gehören den Eigentümern der Rohstoffe, der Maschinen und Werkzeuge und der Produktionsmittel. Die diesen Eigentümern erlauben, die Arbeitskraft der Arbeiterklasse zu kaufen. Von der ganzen von ihr erzeugten Produktionsmasse erhält der Arbeitssklave nur einen Teil zurück.“

So charakterisiert Marx die kapitalistische Gesellschaftsordnung. An dieser Falschheit wird auch eine eventuelle sozialdemokratische Mehrheit im Reichstage nichts ändern. Auch eine sogenannte „Arbeiterregierung“ kann nur Beauftragung der Arbeiterklasse sein.

Zu beziehen ist die Schrift zum Preise von 50 Pf. durch jeden kommunistischen Literaturmann oder direkt von der Buchhandlung Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Aus der Geschäftswelt.

Wahrscheinlich von Milch und Eier. Unbekannt ist vielen, daß erst 5-6 Eier den gleichen Nährwert wie 1 Liter Milch haben, dabei keinen Känder, etwa bis zum Alter von vier Jahren gar nicht sehr zuträglich sind. Tausende und aber Tausende Liter Milch werden täglich zur Herstellung der Feinstmargarine „Schwan im Blaueband“ verwendet, einem Nahrungsmittel von großem Nährwert, feinstem Geschmack, bester Bekömmlichkeit und niedrigem Preise, welches eine Bereicherung jeden Nisches darstellt. Beim Einkauf von Blauebandmargarine erhalten Sie sofort die farbige illustrierte Familienzeitschrift „Die Blaueband-Boche“. Man beachte die Inschrift von „Schwan im Blaueband“.

Freitag, den 27. März, abends 7³⁰ Uhr Wahlversammlung in den Zentralhallen, Bestenstraße

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Ref.: Irmgard Rasch, Berlin.

Erscheint in Massen!

Um den Präsidenten!

Rote Frontkämpfer! Arbeiter Deutschlands! Kameraden!

Mit der Ermordung friedlicher Versammlungsbesucher der Thälmann-Versammlung in Halle hat die deutsche Bourgeoisie den Kampf um die Wahl des Reichspräsidenten eingeleitet.

10 Tote und eine große Anzahl Schwerverletzter sind auf dem Schauplatz des Polizeiverbrechens liegen geblieben. Die bürgerliche Pressekanaille, einschließlich des "Vorwärts" schreiben wider besseres Wissen von der Schuld der Versammlungsbesucher durch Angriffe auf die Polizei.

Die Schuld an diesem Verbrechen trug der inzwischen abgesetzte sozialdemokratische Polizeipräsident Runge, durch das von ihm erlassene verfassungswidrige Verbot, 2 ausländische Arbeitervertreter sprechen zu lassen.

Nun die Reden der ausländischen Arbeitervertreter, die nicht übersetzt werden durften, sind von der Runge-Polizei mit Blut übersetzt worden. Das rote Blut der Opfer in Halle zeigt der deutschen Arbeiterklasse am besten den Sinn und die Bedeutung der Präsidentenwahl. Sieben Jahre nach der Revolution wird in überfüllter Volksversammlung in Halle aus Karabinern und Maschinenpistolen mahllos auf unbewaffnete Versammlungsbesucher, auf Frauen und Greise geschossen. Ein derartiges Verbrechen ist noch nicht einmal von den Kojaken unter der wildesten Zarenherrschaft verübt worden.

Die Arbeiterklasse ganz Deutschlands hat die ermordeten Klassengenossen zu Grabe getragen.

Die unter dem Druck der gesamten Arbeiterklasse erfolgte Absetzung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Runge ist das Eingeständnis der Schuld der Behörden.

Runge ist entlassen worden, doch der Mörder der Arbeiter, der reaktionäre Polizeileutnant Piezter, hat von der Polizei eine Ehrenwache zu seinem persönlichen Schutz erhalten. Was an der Arbeiterklasse Halles vorige Woche verübt wurde, kann sich jederzeit wiederholen.

Blut auf Blut, Opfer an Opfer, wie lange noch will das deutsche Proletariat freiwillig reaktionärer Bestien und Achtgroßschneidungen sein?

Kameraden! Die Opfer von Halle sind eine blutige Mahnung an das gesamte Proletariat. In dem Augenblick, wo die Hilferufe und Schmerzensschreie, der in Halle zu Tod Getroffenen die Arbeiterklasse ganz Deutschlands aufrütteln, tritt das Reichsbanner mit einem Aufruf in die Arena des Wahlkampfes.

Aufs neue wird der Versuch gemacht, das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu trüben und die Massen für die Interessen der Kapitalisten zu gewinnen.

"Es lebe die Republik" ruft der Sozialdemokrat Hörsing, Bundesvorsitzender des Reichsbanners und fordert zur Wahl eines "überzeugten, untadeligen Republikaners" auf. Da nun Herr Hörsing den Zentrumsmann Marx und den Demokraten Hellpach ebenso liebt wie seinen sozialdemokratischen Parteifreund Braun, kann er sich für keinen von den dreien entscheiden und stellt den Reichsbannerleuten frei, wen sie von diesen 3 schwarz-rot-gelben Mustereemplaren wählen wollen.

Schließlich sind ja auch der Marx und der Hellpach ebenso überzeugte Republikaner wie Braun, und der Braun ein ebenso großer Arbeitervertreter wie Marx und Hellpach. Jedem echten Reichsbannermann kann also die Wahl nicht schwer fallen.

"Der Präsident ist tot, es lebe die Republik", ruft Hörsing.

Doch die Republik von 1918 ist eine bürgerliche, kapitalistische Republik. Die Republik, die den Grubenbaronen 715 Millionen Goldmark geschenkt, ist keine Arbeiterrepublik. Die Republik, die die Kapprebelln, die Jagows und die anderen begnadigt und ausgezeichnet hat, während 7000 der besten Arbeiter in Gefängnissen und Zuchthäusern sitzen, ist keine Arbeiterrepublik.

Auf dem Altar dieser Republik hat die Sozialdemokratie alle sozialistischen Grundsätze und Programme verbrannt und alle Errungenschaften des 9. November 1918 geopfert.

Kameraden! Auf Eberts Sarg lagen die Kränze der Monarchien der Welt.

Auf dem Sarge des ermordeten Spielmanns in Halle lag das Signalhorn unserer Kameraden.

Rote Frontkämpfer vor die Front! Das Ziel ist klar. Die Rote Front gegen die schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-gelbe Front.

Rehmt das Signalhorn des toten Kameraden in Halle und bläst zum Sturm. Die Roten Frontkämpfer mobilisieren die Massen in Deutschland zur Wahl ihres 1. Bundesvorsitzenden, des Roten Arbeiterkandidaten,

Ernst Thälmann.

Braun ist der würdige Erbe und Nachfolger Eberts. Braun bedeutet die Fortsetzung des Kurzes, den sich Ebert vom bürgerlichen Gericht in Magdeburg bestätigen ließ.

Thälmann ist das für die Befreiung der Arbeiterklasse heiß schlaende Herz der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats.

Thälmann ist die eiserne rote Faust, die die Feinde der Arbeiterklasse zerquetschen wird.

Thälmann ist Arbeiter!

Klassenbewusste Arbeiter wählen den Roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Kameraden! Unter wehenden roten Fahnen marschieren in den Wahlkampf. Der 29. März muß zu einer gewaltigen Heerzucht des Klassenbewussten Proletariats werden!

Die roten Fahnen werden den Erfolg unseres Kampfes bekrönen.

Rote Frontkämpfer vor die Front!

Mit Rot Front!

Die Bundesleitung
J. A. Willi Seew.

Die Taten der Marx-Jarres.

- 1. Dezember 1923. Kabinett Marx-Jarres gebildet.
- 8. Dezember 1923. Ermächtigungsgesetz angenommen.
- 8. Januar 1924. Beilegung der Latenjustiz.
- 6. Februar 1924. Offenstwe der Agrarier (Schutzölle). Reichswirtschaftsminister: "Wir müssen zu dem System der Schutzölle übergehen." - Neue Währungsstrife.
- 1. Februar 1924. Erlass der dritten Steuernotverordnung, 15 prozentige Hypothekenaufwertung, 1/2 Prozent Lohnsteuer für Gewerbesteuerlose.
- 20. Februar 1924. Wiederzusammentritt des Reichstags nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes. - Kommunistische Anträge auf Reichstagsauflösung mit Hilfe der SPD. abgelehnt.
- 26. Februar 1924. Reichskanzler Marx droht im Reichstag mit sofortiger Auflösung, falls irgendein Aufhebungsantrag von Abwehrverordnungen angenommen würde. Verbieht entschieden Beratung der Abänderungsanträge in Ausschüssen, dagegen zu interfraktionellen Beratungen mit den Parteien berechtigt. Kein Wort über Ausnahmezustand und dessen Aufhebung.
- 28. Februar 1924. Reichsregierung hebt die Ausnahmeverordnung vom Herbst mit Wirkung vom 1. März bedingt auf. Ueberträgt zur Abwehr von Bestrebungen auf geschwundene Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform" die bisherigen Voll-

- 1. Oktober 1924. Reichskanzler Marx will sofort mit Deutschnationalen wie mit Sozialdemokraten über Regierungserweiterung verhandeln. Staatliche Hilfe für Agrarier und Industrie. Wüßer an notleidende Landwirte bereits 10 Millionen Mark auszugeben? Die im ganzen erforderlichen Mittel werden die Summe von 100 Millionen Mark weit überschreiten.
- 27. Oktober 1924. Außer der Landwirtschaft wird jetzt auch Industrie, Gewerbe und Handel die Hälfte der jährlichen Rentenbankzinsen gestundet auf drei Monate. Nach mehr als einjährigen Versprechungen lehnen jetzt Regierung und bürgerliche Parteien jede allgemeine Aufwertung der Kriegsanleihen, Sparfaktenguthaben usw., die durch die Inflation verloren gingen (dem Mittelstand und der Arbeiterschaft), endgültig ab.
- 1. Oktober 1924. Marx im Interview mit Vertreter der "Germania" für Volksgemeinschaft unter Einbeziehung der Sozialdemokratie. "Andere wahre Volksgemeinschaft für mich nicht denkbar. Im letzten Jahre wäre ohne entscheidende Unterstützung der SPD, unumgänglich gewesen, Deutschland vor dem Chaos zu bewahren."
- 8. Oktober 1924. Richtlinien des Reichskanzlers: Abänderung der Verfassung auf ungeschickliche Weise ist Hochverrat. Fortsetzung der Außenpolitik entsprechend Londoner Abkommen, Aufnahme im Völkerverbund laut deutschem Memorandum, Lastenverteilung nach Maßgabe der Wirtschaftsförderung und sozialen Gerechtigkeit, Steigerung der sozialen Leistungen, sobald die finanzielle Lage es zuläßt, Steigerung der Produktion und des Ausmaßes der Arbeit. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei fordern Eintritt in die Regierung, zumal diese die Kanzlerkandidaten als Grundlage vorbehaltlos anerkennen und Beibehaltung von Marx als Kanzler verbürgt hätten.
- 22. Oktober 1924. Wahlauftritt der Reichsregierung: Für Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik auf dem Boden der Verfassung, für Ausschaltung radikaler Elemente (Der KPD, H.).
- 6. November 1924. Regierungsmandate. Das Kabinett beschließt: 1. Die Einstellung des allgemeinen Personalabbau zum Jahresende. 2. Die Bestrebung auf Senkung der Preise "fortzusetzen". 3. Die allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter, sobald als möglich durchzuführen. 4. Ueber die bisher beabsichtigte Auswertung hinauszuweichen.
- Dezember 1924. Neue Regierungskrise. Die Reichsregierung ist zurückgetreten.

Sie können uns

nicht imponieren, die Herren bürgerlichen Kandidaten vom schwarz-weiß-rot-gelben Bloch, die Herren

- Braun,
- Geld,
- Hellpach,
- Jarres,
- Lubendorff,
- Marx.

Sie sind die Büttel und Lakaien der Daweskolonie, Sie sind die Blaskhalter für Reaktion und Faschismus.

Unser Mann ist Ernst Thälmann

ein Prolet wie wir, einer, der unsere Sprache spricht, einer, der gekämpft hat, wie wir alle kämpfen müßten.

Darum wähle ich Sonntag

Ernst Thälmann!

machten Sechts dem Reichsinnenminister Jarres. Demonstrationen sind weiterhin verboten. Bei Verhängung neuer Ausnahmen können bestimmte Reichsgebiete ausgenommen werden. Schutzhaftbefehle bis 1. März aufzuheben, falls Jarres nicht neu verhängt. Erste Verordnung Jarres' nimmt Bayern aus "wegen des bereits dort bestehenden weitergehenden Ausnahmezustandes".

- 5. März 1924. Reichsinnenminister Jarres veredelt den Abw.-Ausnahmezustand. "Bayern arbeitet mit uns in loyaler Weise zusammen".
- 8. März 1924. Jarres überträgt Ausnahmevollmachten auf Landesregierungen, in Preußen auf Oberpräsidenten und Berliner Polizeipräsidenten (betreffs Schutzhaft und Presseverbote).
- 26. Mai 1924. Reichskabinett tritt zurück, führt die Geschäfte vorläufig weiter.
- 28. Mai 1924. Marx erneut mit Regierungsbildung beauftragt.
- 20. Juni 1924. Verschärfte Verordnung über Presseverbote (in Kraft keine Erlasshüter für verbottene). Verbot möglich, wenn zu Ungehorsam gegen Befehle aufgefordert wird.
- 5. Juli 1924. Reichsregierung beschließt als Kompensation für die geplanten Agrarölle die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2,5 auf 2 Prozent.
- 23. August 1924. Rede von Marx im Reichstag für Annahme des Dawes-Entschlusses.
- 29. August 1924. Reichstag nimmt Entschlusses an. Eisenbahngesetz mit verfassungsmäßiger Mehrheit. Erklärung der Reichsregierung gegen die "durch Verfallener Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt" festgestellte Deutsche Kriegsschuld.
- 27. August 1924. Reichskanzler Marx erhält von Ebert die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages, falls Vorhaben nicht angenommen wird. Prebenotengesetz, Reichsbankgesetz usw. werden angenommen.
- 8. September 1924. Gelegenheitswurf betreffs Arbeitslosigkeit dem Reichstag zugegangen. Dagegen empfehen Reichstag und Reichsregierung Ablehnung der Zeile betreffs Frauennarbeit und fegung der Beschlußfassung über Zeile betreffs der Arbeitszeit bis zur endgültigen Regelung der letzteren. Fächgrube Bergbau des Reichsverbandes Deutscher Industrie protestiert bei Reichsregierung gegen Regelung der Arbeitszeit auf Grund des Washingtoner Abkommens. - Reichsregierung grundsätzlich für Ratifizierung.
- Oktober. Kampf um die Regierungsumbildung. Verhandlungen des Reichs anlers Marx mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen über die Heranziehung in die Reichsregierung. Marx erklärt den Abgeordneten der SPD: "Dah es ohnedies keine Absicht gewesen wäre ... von sich aus Verhandlungen über eine etwaige Regierungsumbildung aufzunehmen".

Kirchen'müher Braun.

Die deutschnationalen Pastoren haben einen Ausruf losgelassen gegen Marx, von dem sie behaupten, daß er als Mann Roms das deutsche Vaterland zu einem Vatallenstaat des Papstes machen will. Der "Vorwärts" in seiner Polemik gegen Jarres ist darüber sehr erobst und kann nicht dulden, daß sein schwarz-rot-geber Koalitionsgenosse Marx von den schwarz-weiß-roten Kraftionengenossen eben dieses Marx angegriffen wird. Außer dem ist Wahlzeit und da gehört es sich, daß man neben der Verteidigung des Marx auch noch seinen eigenen Kandidaten herausstreicht. Der "Vorwärts" schreibt deshalb:

"Der evangelische Bund wird aus Anlaß der Präsidentenwahl die protestantischen Deutschen gegen die katholischen Deutschen heken. Auch diesmal marschieren unter der nationalen Fahne" Schwarz-weiß-rot! Auch dies gehört zum Jarresbloch. Will man sich einen Mann an der Spitze des Reiches haben, der in diesem Sinne unparteiisch ist, so nehme man Otto Braun!"

Abgesehen von dem schönen Stil eines Kochbuchs (man nehme ...) tritt der "Vorwärts" also für den kircheneutralen Sozialdemokraten ein und beweist damit, daß die Sozialdemokratie vollständig mit den Pfaffen katholischer oder evangelischer Bekenntnisse ungenügend ist.

Die Sozialdemokratie befreit mit diesen Artikeln und Schlagzeilen erneut, wieder oder wie wenig in ihr von der alten Sozialdemokratie noch zu finden ist. Sie ist zu einem Anhängsel des Zentrums geworden und darf heute nicht mehr wegen irgendwie gegen die Verdammungsversuche der Massen Front zu machen.

Ihr Kandidat wird die deutschnationalen Pastoren und die katholischen Jarres gleichermäßen beirieden. Beispiele dafür hat die Sozialdemokratie genug geliefert. So erst vor kurzem, wo sie im preussischen Landtag einem Antrag des Zentrums, die Gehälter der katholischen Jarres zu erhöhen, zustimmte und sich beklie, einem anderen Antrag der Sozialisten, der für die evangelischen Verdammungsmänner dasselbe verlangte, ebenso ihre Stimme gab.

Und der Braun dieser Partei ist "einzig Arbeiterkandidat". Wer wird auf den Schwandel hereinfallen?

Berädungspolitiker Jarres — Berädungspolitiker Braun.

Zwischen der Barmatpresse und der des Schwarz-weiß-roten Bürgerblochs geht seit einiger Zeit der Kampf, daß Jarres, gewählter Innenminister, im Herbst 1923 Rhein und Ruhr besetzen lassen wolle, d. h. er wolle mit ihm viele anderen "nationalen" Größen waren der Ansicht, daß die Franzosen das Rheinland und das Ruhrgebiet besetzen sollten, um die Kosten der Barmatpresse selbst zu tragen.

"Vorwärts" empöbt sich über diese "Schurei!" und in Patientenlangen Artikeln über die nationale Wüde des Jarres und der Jarres-Politiker. Seine Enttarnung ist sehr unangebracht. Auch die Sozialdemokraten waren für Verfassung. Nachdem der Jarres jetzt des biten die Behauptungen der Barmat-Presse demontiert" und gedroht hat, die Politiker der Schwarz-rot-gelben anzuprangern, die gleich ihm für die Verfassung eintreten, läßt die "Kölnische Zeitung" vom 21. März schmerzliches Gedächtnis auf Sie schreiben:

"Sollte sich Otto Braun nicht der Augenblicke entsinnen, als er die Vererbabung der Erzenislofenunterstützung an das Ruhrgebiet auf sich überlassen wollte?"

Das ist perflucht deutlich und beweist klar und klar, daß Otto Braun ebenso wie Jarres geneigt war, Rheinland und Ruhrgebiet "ich" selbst oder der Enten-e zu überlassen. Es nimmt nicht Wunder bei die em Otto Braun, der dem 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustrieleuten zustimmte. Und diesen Kandidaten preit der "Vorwärts" im Gegensatz zu Jarres als "einzig Arbeiterkandidat" an.

Die Arbeiter werden sich hüten, den Otto Braun oder den Jarres, die Zweige eines Stammes sind, zu wählen. Jeder Arbeiter wählt Thälmann!

Keine Wahlmüdigkeit!

Veranlasst Eure Kollegen und Frauen für Ernst Thälmann zu stimmen!

Der Existenzkampf der Eisenbahner.

Von Fr. Jendrosch, M. D. L.

Schon vor dem Kriege, in der Zeit des Monarchismus und Imperialismus, waren die Eisenbahner, Beamte und Arbeiter eine Berufsgruppe, der man weder soziale noch menschliche Gerechtigkeit zugebilligt. Abgesehen von der Tatsache, daß nur besondere Leute in den Eisenbahndienst eingestellt wurden, war die Bezahlung und Behandlung des Personals die denkbar schlechteste.

12-16 Stunden Dienst

wurde von den Beamten des größten Staatsbetriebes verlangt, trotzdem derselbe jährlich Millionen an Reingehältern und Profit abwarf. Diese Millionen, aus den Knochen des Personals geschunden, wurden im Juliasturm in Grandau geschüttelt, um später im Kriegsministerium zu wandern und letzten Endes im furchtbaren aller Mordkriege zum Schaden der proletarischen Schichten verdrängt zu werden.

Aber auch in sozialer Hinsicht wurde gerade dem Eisenbahner jeder Aufstieg unterbunden und der Ausbau sozialer Einrichtungen verhindert. Die Entwicklung der mit eiserner Energie und Opferwilligkeit betriebenen Arbeit des Personals selbst, freigewerkschaftliche Organisationen waren für den Eisenbahner verboten. Und erst die Anzeichen eines Umsturzes, in den letzten Jahren des Kaiserreiches (1917) veranlaßten den langjährig geübten Wunsch, sich fortschrittlich zu ergänzen, Wirklichkeit und greifbare Formen zu geben.

Die sogenannte Revolution 1918 hat auch in das Leben der Eisenbahner entscheidend eingegriffen. Man mußte, unter dem Druck der Straße auch dieser Gruppe die

Achtstundigen-Arbeitszeit

gewähren. Unter den Eisenbahnern begann ein neues Leben zu pulsieren. Sie erkannten immer mehr die Rolle, welche ihnen von der Entwicklung der menschlichen Geschichte zugefallen war. Sie verließen den alten Kadavergehram und das eingemauerte Ansehensgehülde abzuhalten. Immer deutlicher kam der Klassenkampfgedanke zum Ausdruck und das enge Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den ausgebeuteten Beamten und Arbeitern wurde lebendig.

Ausgangspunkt und Beweis dafür ist in der Form und dem Inhalt des von der Sozialdemokratie so sehr gepriesenen Sachverständigenplan (Dreyer-Plan) zu sehen. — und vielleicht keine einzige Berufsgruppe als wie gerade die Eisenbahner sind in demselben besonders belastet. Soll doch gerade aus dem Bereich der Eisenbahn mehr als ein Drittel der zu leistenden Reparationssumme herausgewirtschaftet werden. Lange Monate vor Annahme des Sachverständigenplan hatten die Kommunisten auf die Gefahr, die in dem Plan für das Personal gerade der Eisenbahner droht, hingewiesen und als vor Monaten das kommunistische Organ, die Berliner „Rote Fahne“ einen Abdruck des neuen Eisenbahngesetzes brachte, wurde von der Staatsanwaltschaft ein

Landesverratsverfahren gegen die Redaktion

eingeleitet. Der schändlichste Ausblünderungsakt, den die Weltgeschichte jemals gekannt, wurde angenommen. Angenommen mit Hilfe der Barpartei der Sozialdemokratie.

Was die Kommunisten vorausgesetzt, trat ein, ja wurde in kurzer Zeit schon von den Zeitungen erschreckend übertrieben.

Der ehemals größte Staatsbetrieb wurde zufolge einem langjährigen Einfluß unterer Kapitalisten enteignet und in eine A.G. umgewandelt, an deren Spitze der frühere Reichs-Rechts-Anwalt Oeler als Generaldirektor eingesetzt wurde. Neben ihm und einem Verwaltungsrat sitzt ein Sachverständigenkomitee, der besondere Aufsichtsbefugnisse hat. Er kann nach dem Willen des Londoner Paltes Teile der Eisenbahn verachten oder zerstören. Sofern er glaubt, daß die aus dem Betrieb herauszuwickelnde Summe nicht erreicht wird.

Angeht es die Situation ist die obige Frage jedoch nicht die Verantwortlichkeit, sondern mehr noch von Bedeutung ist der Umstand, unter dem die Verwaltung der Eisenbahn steht. Die Milliarden jährlich herauszuwickelnde Summe, die gerade in Bezug darauf den Eisenbahner schon immer erfüllte, daß die Durchführung dieser ungeheuren Summe nur auf Kosten des Personals erfolgen wird und daß neben dem weiteren Abbau der Löhne und Gehältern sowie jeder sozialen Einrichtung eine brutale Verlängerung der Arbeitszeit und ein weiterer Abbau des Personals durchgeführt wird.

Daß diese untere Probedingung in der Tat zutage gekommen ist, wird von keiner Seite der Kollegen bestritten, wohl aber herrschen einzelne Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Mittel dem Ausbeutungswilligen gegenüber angewendet sind.

Die Hauptvermutung war sich von Anfang an klar, daß es ihr nur möglich ist, diese Maßnahmen durchzuführen, wenn sie das Personal in recht viele Lager spalten und gleichzeitig Maßnahmen zur Niederhaltung von revolutionären Bewegungen trifft. Generaldirektor Oeler wollte genau, daß auch die Organist der Eisenbahner nicht ausreicht, um seine Prozeduren und Ausbeutungsmethoden stillschweigend durchzuführen.

Tausende und Hunderttausende wurden aus Pflichten geworfen und noch im Augenblick ist ein weiterer Abbau des Personal nicht zu denken. Ohne Rücksicht darauf, was aus den Kollegen und ihren Angehörigen wird, werden sie vor die Tür gesetzt und zu einem wüsten Hungerleben verurteilt. Der in Betrieb verbleibende Teil der Kollegen muß immer mehr und länger arbeiten. Durch die Einführung der wöchentlichen Betriebsführung werden die ohnehin ausgenutzten Stunden der Kollegen bis zum letzten Atemzug ausgenutzt. Ein Punkt überhört man häufiger hören heißt die Kollegen durch die Parteiliche und gefährdet sie an Leben und Gesundheit. 12 bis 16stündige Arbeitszeit soll und muß für sie in Anspruch und mühen Arbeitstagen werden. Schlechte menschenunwürdige Bezahlung wird als Folge der durch die Verwaltung übernommenen Betriebsführung bezeichnet.

Auf der anderen Seite werden Millionen von Geldern für Prämien, Gehälter der hohen Beamten, Gehälter, Beförderung und sonstige Vorteile herausgeworfen.

Oeler und sein Stab erhalten Hunderttausende an Gehältern und Prämien. Die sogenannten Kommissare (Leutnants) werden besondere Bezahlungsmethoden gewährt. Der Befehlshaber und seine Ranggenossen werden zum Ausverkauf, Autos und Motorwagen werden für die Ehre gekauft. Unwürdige Prämien, werden aufgeführt und höchsten die Arbeiter und Beamten in Ruanda und Selenia finden und bekommen, werden den Präsidenten transformable Stellen mit massiven Prämien ausgesetzt. Während des Kaiserreiches soll unter der Aufsicht und dem Finger leicht, vertrieben Minister und Reichsminister a. D. das Volk zu bewegen.

Nach ein Minister begreift den Grad der Ausbeutung und den Sozial des kapitalistischen Systems.

Angeht es wieder zutage wurde naturgemäß auch der Wohlstand der Eisenbahner steigen. Die verwerfliche Lage des Personals wurde sich zunächst in geringfügigen Demandsationen gegen den Abbau und die Ausbeutung äußert. Die gesamte Weltanschauung und breite Kreise in geistlicher Hinsicht haben auf Seiten der Demoskraten, nur die Verwaltung als treuer

Rechenbund von Daves, versuchte durch provokatorische und brutale Maßnahmen die sich bemerkbar machenden revolutionären Anzeichen die Spitze abzubringen. Sie veranlaßte provokatorische Vernehmungen in den Betrieben um die nach ihrer Meinung intellektuellen Arbeiter der Union festzusetzen, um dem Zweck, sie zu entlassen und die Gefahr zu beseitigen. Sie hat sich verrecknet. Nicht etwa weil sie so wichtige Vorurteile hat, sondern weil sich die Hungerdemonstrationen impudisch und elementar entwidelt haben. Hunger ist härter als ein Anschlag. Tod ist gewaltiger als ein Direktor und Revolutionen lassen sich nicht aufhalten.

Die Eisenbahner forderten: Schluß mit dem Abbau, mehr Gehalt und Lohn, Einstellung der schon Abgebauten und ausnahmslose Achtstundigen-Arbeitszeit.

Die Gewerkschaftsbürokraten merkten den Stand der Dinge und was taten sie? Anstatt alle Eisenbahner in den Kampf zu führen, griff sie einen Teil raus, und zwar den am wenigsten ausschlaggebenden Teil, die Güterarbeiter, und führte lediglich diese Arbeiter in den Kampf.

Das ist die Methode der Gewerkschaftsbürokratie. Eine Methode, die es offen anlegt, den Streik, der sich in einer bestimmten Arbeiterbranche vorbereitet, abzumürhen, indem man den unbedeutendsten und schwächsten Teil dieser Arbeiterkategorie in den Kampf führt.

Der Eisenbahnerstreik ist von der Gewerkschaftsbürokratie abgewirgt worden. Die Herrschaften nahmen sich nicht einmal die Mühe ein neues Mittel bei der Abwürgungs-Prozedur anzuwenden. Nach der alten Manier, Aufzügen der Streikstimmung, Verhandlungen hinter den Kulissen, Schiedsgericht, Abweisung natürlich, schließlich Verbindlichkeitsklärung und Auforderung zur Arbeitswiederaufnahme — nach diesem alten Muster ist die erste Streikbewegung nach der Annahme der Dreyer-Gesetze abgewirgt worden.

Was hatten wir in diesem Kampfe der Eisenbahner zu tun?

Wir mußten zunächst die ausgebrochene Bewegung als Beweis der Stärke der Arbeiterschaft hinstellen. Haben wir auch getan. Aber wir mußten zugleich auf die Gefahren hinweisen, die für die Streikenden entstehen, wenn den Gewerkschaften die Führung des Streiks überlassen wird. Als erstes verlangten wir daher: Einbeziehung des Sachpersonals in den Kampf. Denn, was ist das für ein Eisenbahnerstreik, wenn die Zugführer? Der Fortsetzung des Kampfes, Präparierung des Generalstreiks war das erste, was wir verlangen mußten. Präparandisch in der Zeitung haben wir es auch getan. Haben aber auch unsere Fraktionen so gearbeitet? Wir glauben, daß

Gabotierende Grubenbarone und ihre Helfer!

Das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitet, daß infolge der schweren Abwärtsentwicklung in rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau in Köln'sausabgeordneten des Reichstages von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zusammen mit den Führern des alten und des christlichen Bergarbeiterverbandes an den Reichskanzler Luther eine Eingabe gerichtet haben, in der sie zur Überwindung der Krise eine Ermäßigung der Gütertarife für Kohlen fordern.

Dieser neueste Streik der Barpartei-Sozialdemokraten und der reformtätigen Bergarbeiterführer im Bunde mit den deutschnationalen Agenten des Schwerekapitals läuft darauf hinaus, den gabotierenden Herren ein neues Millionen-geldlein zuzusenden. Denn nach der Erfahrung der letzten Monate bedeutet eine Herabsetzung der Gütertarife keineswegs eine entsprechende Herabsetzung der Preise, sondern eine enorme Erhöhung der Profite.

Die Profite, die die Zechenherren aus den bis zur Erschöpfung erstandenen Kumpeln herausziehen, trüben aber zusammen mit den Wälderengewinnen des Ruhrkrieges und dem 715-Millienengeldlein immerhin aus, um neue Zechen, neue Schmelzen anzulegen. Die Goldbilanzen der großen Zechenunternehmungen, von den die zum Stinnes-Konzern gehörende Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. zeigen gleichfalls, daß die Zechenherren in den letzten Jahren trotz aller kühneren Kräfte, die über die Bergarbeiter des Ruhrgebiets herabgeschoben sind, keine Not gefühlt haben.

Wenn heute eine neue Krise im Ruhrbergbau wütele, wenn Kohlen nicht abgeholt werden könnten und die Halbenbestände auf über 8 Millionen Tonnen angewachsen sind, wenn die verhängnisvollen Folgen der Abblöschung durch viele Hunderttausend Familien auf die Kumpeln abgewälzt werden, so liegt das allein an dem schamlosen Raubbau, den mit Hilfe der reformtätigen Gewerkschaftsführer die Zechenherren an Leib und Leben der Bergarbeiter treiben. Die Heberarbeit hat die Abblöschung veranlaßt. Denn die Daves-Kolonie Deutschland ruht überall auf die ihr von ihren Frontherren gezogenen Steuern, die den Abzug der gesteigerten Produktion hindern.

Die Kumpeln, die heute durch Feiertagskassen zu Ehren des Zechenkapitals herangezogen werden, fühlen genau so wie die von der Daves-Reichsbahn in den Streik geschleppten Eisenbahner, die Vorteile der Daves-Sanierung am eigenen Leibe.

Es gibt einen Ausweg aus dieser Krise. Aber er geht nicht über die Arbeitsgemeinschaft mit dem raffigierten Großkapital und seiner Bürgerblödieregierung. Er geht nicht über neue Lohnermäßigungen zugunsten der Zechenherren. Der Ausweg liegt in der Forderung, daß die Heberarbeit abgestellt wird, daß alle Bergarbeiter höchstens sieben Stunden arbeiten und dadurch die Feiertagskassen beseitigen, daß die Arbeiterkontrolle der Arbeitsbedingungen des Ruhrbergbaus zerrissen und zugleich die Reallohn einseitig werden. Jarres ist der Mann, der gabotierenden Schwerekapitalisten er nicht als Reichspräsident mit der Artikel 48 der Weimarer Verfassung die Wirklichkeit ausschließlich im Interesse des Großkapitals.

Stimmen in der Mann, der mit den deutschnationalen Unternehmern in Arbeitsgemeinschaft und mit den sozialdemokratischen Parteien des Großkapitals in Koalition sich verbanden Gewerkschaftsbürokraten und sozialdemokratischen Barpartei-Kanzler, der Gefolgsmann Eberts, der die deutsche Wirtschaft dem Großkapital ausgeliefert hat.

Die Reichsregierung verläßt einseitig in der Seite der großkapitalistischen Interessen. Sie ist der „Vorwärts“ am Sonntag

man hier offen eingestehen muß: Andere Fraktionen haben die Aufgaben nicht in vollem Umfang erfüllt. Erstens waren unsere Fraktionen durch die erfolgte Spaltung zu schwach im DGB und zum anderen war ihr Auftreten nicht geschickt genug, um die Eisenbahner für unsere Lösungen zu gewinnen. Nur darum konnte der Gewerkschaftsbürokraten die Abwürgung des Kampfes gelingen.

Die erste Lehre, die wir aus dem Kampfe zu ziehen haben, ist also: Ausbau unserer Fraktionen und b. b. natürlich Gewerkschaftseinheit, Überführung unserer Genossen in den DGB.

Andere Streikstrategie beschränkte sich aber nicht nur auf die geschiedenen Vorkämpfe. Schon am Anfang des Kampfes verlangten wir Kampfbündnisse mit den übrigen Gewerkschaften. Verbindung des bestehenden Metallarbeiterkampfes mit dem Eisenbahnerstreik, Einbeziehung der Berg- und Textilarbeiter in die Bewegung. Wir motivierten: Im Mittelteil der Eisenbahnerbewegung, steht verständlicherweise die Forderung nach dem Achtstundentag. Wenn diese Forderung ernst gemeint ist und von den Eisenbahnern ist sie bestimmt ernst gemeint, gemäß der die Front der Güterarbeiter? Nein, antworten wir. Die Forderung nach dem Achtstundentag rüstet am stärksten an den Davesstellen, die Bourgeoisie wird hier nur dann nachgeben, wenn sie von den ausschlaggebendsten Schichten der Arbeiterklasse angezogen wird. (Der gleichen Meinung war auch der Reformist Dörmann.) Deswegen Kampfbündnisse der wichtigsten Gewerkschaften! Wie in England! Dort ist unter Gools Führung der Bierbund geschlossen.

Mit diesen Forderungen haben wir unsere Streikstrategie in voller Front aufgestellt. Aber wiederum nur propagandistisch, in der Zeitung. Wir dürfen uns keine Illusionen machen: In den Betrieben ist von den einzelnen Vorkämpfern recht wenig durchgeführt worden. Dort haben es unsere Fraktionen noch nicht verstanden, die wichtigsten Arbeiterkategorien am Streik zu interessieren. Das hat man auch unserer Presse angemerkt: Sie war nicht voll von Zuschriften der Arbeiterkorrespondenten, der kommunistischen und parteilosen, die die Ausbreitung des Streiks verlangt hatten. Man konnte auch in unserer gesamten Presse keine Resolutionen lesen, wo Belegschaften Ausdehnung des Streiks verlangt hätten!

Es ist Aufgabe unserer Partei, nicht nur den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zu entlarven. Daß sie verrät, ist natürlich. Wir müssen auch unsere eigenen Unzulänglichkeiten unterstreichen. Der Eisenbahnerkampf war der erste Streik. In nächster Zeit werden sich die Streiks wiederholen. Da müssen wir alle Agitationsmittel anwenden, um die Bewegung zu verbreitern und sie möglichst erfolgreich abzuschließen.

Das sind die Erfahrungen, die jeder Arbeiter aus dem Eisenbahnerstreik zu ziehen hat. Andere Fraktionen müssen sie zuerst anwenden und die Eisenbahner werden sich schon am 29. bei der Gewerkschaftsbürokratie bedanken. Sie werden geißeln für Thälmann stimmen.

So ist es unter Ebert gewesen, der nur von Stinnes Gnaden Präsident war. So wird es unter Jarres und Braun sein. Wer eintritt, ist die freie Produktionsfabrik der Zechenherren zu brechen, wer mit den Werkstätten um ihre Interessen kämpfen will, der muß den roten Präsidenten, schafst Kandidaten Thälmann wählen.

Gewerkschaft Kartellierung. Freiburg.

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Die letzte Kartellierung war ein Musterbeispiel dafür, wofür man kommt, wenn man jahrelang mit der Reaktion zusammenarbeitet. Ueber die Fragen, bei denen die Haltung der Arbeiterschaft eine Selbstverständlichkeit ist, stolpern die Sozialdemokraten und zerbrechen sich die Köpfe.

Von Seiten der oppositionellen Kollegen war der Antrag eingebracht, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Dies fand bei den Delegierten der SPD gar keinen Anklang. Sie haben in den Betrieben, wo sie sitzen eine derartige Einschüchterungsrolle getrieben, daß es ihnen schwer fällt, die Kollegen aufzuwecken. Ist es doch viel bequemer, wenn, wie im vorigen Jahr in der Spinnerei ein Vorstandsmitglied des Textilarbeiterverbandes arbeitet, während seine Frau feiert. Der Vorsitzende meinte, es gäbe wohl Kollegen, die das Geld scheuen und so wolle man eine Abstimmung (1) in den Betrieben durchführen lassen. Dagegen wandten sich unsere Genossen mit aller Entschiedenheit und riefen das Verhalten der Sozialisten ins rechte Licht, indem sie ihnen ihr Verhalten vor dem Krüge als Spiegel vorhielten. Schließlich fanden sie wohl doch ihr Verhalten gar zu standlos und sie stimmten mit der Arbeitsruhe.

Desgleichen bezeichnend war ihr Verhalten zum Antrag unserer Genossen, der monarchistischen Demonstration, welche hier stattfindend soll, eine solche der Arbeiter entgegenzusetzen. Was hierbei für Angstzulage trat, spottet jeder Beschäftigung. Der Vorsitzende meinte, die Arbeiter sollen zum Protest in der Stube bleiben und eine rote Fahne (1) zum Fenster hinaus hängen.

Sie SPD-Berliner lebten es jedenfalls als den Monarchisten irgendwie entgegenzutreten. Ruhe und Ordnung — Kirchhofstraße, das wollen sie.

Sehr scharfe Worte fanden unsere Genossen gegen das Verhalten des Konsumvereins. Auch der befindet sich in den Händen der Reformisten. Diese haben das Gewerkschaftskartell verlagert wegen eines Zimmers, welches es zum Zweck von Sekretariatsarbeiten inne hatte. Das Zimmer ist den Gewerkschaften verloren gegangen. Geradezu unerhört ist dieses Verhalten. Als Reichsvertreter hätte sich der Konsumverein Rechtsanwaltschaft Broof hingezogen, einen der reaktionärsten Herren des Stadterordnetenkollegiums. Das Gewerkschaftskartell hatte keinen Vertreter. Der Vorsitzende ist Angehöriger des Konsums.

Kollegen, hier gilt es einmal Groß-Kememachen! Bei den nächsten Wahlen dürfen nur Kommunisten in den Vorstand gewählt werden, damit diesen Herren das arbeitervindliche Treiben endlich gelegt wird.

Kommen in der Kartellierung einige Fragen von geringem Interesse behandelt worden waren, schloß der Vorsitzende die Besprechung, nachdem er noch der Meinung Ausdruck verliehen hatte, daß die nächste Sitzung wohl sehr stürmisch werden wird. Sie planen wohl große Zeiten mit ihren Reichsbannern oder vielleicht mit der „Ordnung“ des gegenwärtigen Kartells, dem Vorsitzenden der Bergarbeiter, den selbst der Kartellvorsitzende erwähnen mußte, nicht für so große Geleiten zu begehen in seinem Kampfe gegen die „Metallarbeiter“. In der nächsten Kartellierung findet ein Vortrag über „Satzrecht unter besonderer Berücksichtigung des Schlichtungswesens“ statt.

Wer nicht Thälmann wählt - hilft den Unternehmern!